

Rotenfront

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Rotenfront“ erscheint jeden Freitag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Aufstellungsgeld. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Verdenstraße 14, Tel.: 210 45 (Abd.); 210 47 (Betriebe)

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mark im Viertel. Sonntags: Anschlag des Sonntagsheftes Halle; Commerce- und Verlagsanstalt Halle. Postfachnummer Leipzig 30471. Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH, Halle, Verdenstraße 14

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Sonnabend, 24. Oktober 1931

11. Jahrgang Nr. 192

Politischer Massenstreik in Braunschweig!

Gemeinsame Kampffront der sozialdemokratischen, parteilosen und kommunistischen Arbeiter gegen den Mordfaschismus

(Eig. Drahtm.) Braunschweig, 24. Oktober.

Dem Ruf der KPD zum Massenstreik folgend traten gestern die acht größten Betriebe Braunschweigs — 4000 Arbeiter — in den Streik gegen den Naziterror und marschierten geschlossen zur Beerdigung. Ebenso traten sämtliche größeren Betriebe in den Proteststreik, dem der sozialdemokratische Magistrat unter dem Druck der Massen nachgeben mußte.

Mehr als 20.000 Arbeiter und Werkstätige gaben den gemordeten Klassenkämpfern das letzte Geleit und gestatteten es zu einer grandiosen Kundgebung der roten Einheitsfront mit der Masse des Massenstreiks dem Naziterror kraftvoll entgegenzutreten.

Mehr als 20.000 Arbeiter und Werkstätige gaben den gemordeten Klassenkämpfern das letzte Geleit und gestatteten es zu einer grandiosen Kundgebung der roten Einheitsfront mit der Masse des Massenstreiks dem Naziterror kraftvoll entgegenzutreten.

Am Sonntag, dem 25. Oktober, wird die Kundgebung im Stadtpark stattfinden. Die Polizei mußte sich aber selbst davon überzeugen, daß die Durchführung dieser ungeheuerlichen Verbote nicht möglich war.

Zu den Massen, die sich auf dem Friedhof und den anliegenden Straßen trafen, sprach aus der Tür des Krematoriums heraus der Vertreter des Zentralkomitees der KPD, Genosse Gschätle, der in seinen Ausführungen besonders auf den großen Erfolg des politischen Massenstreiks verwies und auf die bereitete Einheitsfront der Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Arbeiter.

Die Kundgebung im Stadtpark wird am Sonntag, dem 25. Oktober, stattfinden. Die Polizei mußte sich aber selbst davon überzeugen, daß die Durchführung dieser ungeheuerlichen Verbote nicht möglich war.

Zu den Massen, die sich auf dem Friedhof und den anliegenden Straßen trafen, sprach aus der Tür des Krematoriums heraus der Vertreter des Zentralkomitees der KPD, Genosse Gschätle, der in seinen Ausführungen besonders auf den großen Erfolg des politischen Massenstreiks verwies und auf die bereitete Einheitsfront der Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Arbeiter.

Die Kundgebung im Stadtpark wird am Sonntag, dem 25. Oktober, stattfinden. Die Polizei mußte sich aber selbst davon überzeugen, daß die Durchführung dieser ungeheuerlichen Verbote nicht möglich war.

Zu den Massen, die sich auf dem Friedhof und den anliegenden Straßen trafen, sprach aus der Tür des Krematoriums heraus der Vertreter des Zentralkomitees der KPD, Genosse Gschätle, der in seinen Ausführungen besonders auf den großen Erfolg des politischen Massenstreiks verwies und auf die bereitete Einheitsfront der Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilosen Arbeiter.

beitsfront der Proletariat bekam den Gummihüpfel zu spüren. Ein ungeheurer Protestschrei erlangt aus den Massen.

Mehrere Verhandlungen wurden vorgenommen. Nur der eiserne Disziplin der Massen ist es zu verdanken, daß es nicht zu Blutvergießen kam.

Braunschweig liegt im Zeichen der gewaltigen proletarischen Massenbewegung, des Willens der Massen, die proletarische Einheitsfront zum Kampf gegen den Faschismus zu schließen.

Die kommunistische Partei trat als Führerin der Massen deutlich in Erscheinung. Wieder von der SPD noch von den Gewerkschaften ist bei dieser Massenbewegung etwas zu sehen. Hunderte und aber Hunderte sozialdemokratische und parteilose Arbeiter erkennen, daß jetzt Schlagen gemacht werden muß mit der Politik der SPD, daß es gilt, die revolutionäre Einheitsfront unter Führung der kommunistischen Partei zu schaffen.

Rübenarbeiter im Streik

(Eig. Meldung.) Brücken, 23. Oktober.

Am Donnerstag traten auf der Domäne Tilleda 30 Erwerbslose, welche vom Arbeitsamt Sangerhausen zum Rübenroden nach dort geschickt waren, geschlossen in den Streik. Der Streik richtet sich gegen den beispiellosen niedrigen Akkordlohn, den der Junker zahlen will. Dieser Lohn ist so niedrig, daß die besten Arbeiter in der Woche höchstens 8 bis 10 Mark verdienen können. Außerdem sollen die Erwerbslosen morgens und abends je 7 Kilometer zu Fuß zurücklegen. Schmeißt die resolutionäre Einheitsfront aller Eisenbahner. Arbeiter wie Beamte, ganz gleich welcher politischen Richtung sie angehören, müssen das einzige Kampfmittel, den Streik, anwenden. Nur so läßt sich Lohnabbau und weiteres Elend verhindern. Handelt über die Köpfe der reaktionären Lohnabbaugewerkschaftsführer hinweg.

Eisenbahner rüsten zum Kampf

Halle, 24. Oktober.

Ein Zeichen des wachsenden Kampfwillens der Eisenbahner war die am gestrigen Freitag in Halle im „St. Nikolaus“ tagende öffentliche Eisenbahnerversammlung. Nach dem Bericht des Genossen K. Kühn vom Bezirkskomitee der KPD löste eine lebhafteste Diskussion ein. Aus den Betrieben und aus den Familiengruppen der reaktionären Gewerkschaftsorganisationen wurde berichtet. Es sprachen eine Reihe reformistischer Kollegen. Aus allen Ausführungen ging einander hervor, daß die Eisenbahner in allen Dienststellen den ungeheuren Terror der reformistischen Gewerkschaftsführer erkennen und gewillt sind, mit allen Mitteln dagegen anzukämpfen.

In der Bahnhofsstraße III kam der Vorgesetzte Sorgenfrei nicht zum Wort, weil die Eisenbahnerkollegen gleich einem Vertreter der KPD das Wort erteilt hatten. In der Bahnhofsstraße V erschien der Reichliche Vorgesetzte W. K. D. Dort trat ihm ein einziger Kollege des Betriebes entgegen. Wiedemann packte seine Tasche und verließ den Saal.

Die öffentliche öffentliche Eisenbahnerversammlung im „St. Nikolaus“ löste bei 4 Stimmhaltungen einstimmig folgende Entschließung:

„Die am 23. Oktober in Halle im „St. Nikolaus“ tagende öffentliche Eisenbahnerversammlung hat Stellung genommen zu dem neuen geplanten Lohnabbau der Reichsbahnerverwaltung. Die Bestimmung verachtet aus schärfste die reaktionäre Politik der Gewerkschaftsführer, die zu dem unerhörten Lohnabbau die Hand

strecken, ja diesen mit der größten Raffinesse durchzuführen helfen. Der Lohnabbau kann nur durch Streik unter Führung der KPD verhindert werden. Die verarmten Kollegen rufen die Eisenbahner von Halle und im Bezirk an, sofort die ernstliche Mobilisierung in den Betrieben durchzuführen. Ueberall sind vorbereitende Kampfmaßnahmen zu wählen. Schmeißt die resolutionäre Einheitsfront aller Eisenbahner. Arbeiter wie Beamte, ganz gleich welcher politischen Richtung sie angehören, müssen das einzige Kampfmittel, den Streik, anwenden. Nur so läßt sich Lohnabbau und weiteres Elend verhindern. Handelt über die Köpfe der reaktionären Lohnabbaugewerkschaftsführer hinweg.“

Hungerzug im Thüringer Wald

Im Thüringer Wald sind die Arbeitslosen der drei Walddörfer Heubach, Schnett und Fehrenbach in die Richtung Hilburghausen gezogen, um dort den Behörden ihre Forderungen bekanntzugeben. Sofort wurde die Hilburghäuser Landespolizei gegen die Arbeitslosen eingeleitet. Dieser Hungermarsch ist ein geländes Alarmignal aus dem Thüringer Wald, wo die arme Bevölkerung in ein unbeschreibliches Elend gebracht worden ist.

Wir entfüllen heute:

Inflation in Deutschland — wer will sie haben?

Hitler und Hugenberg als Organisatoren neuen Massenelends

(Siehe Inneres der heutigen Ausgabe.)

„Sanierung“ im Leuna-Werk

(Leuna-Arbeiterkorrespondenz)

Halle, den 24. Oktober.

Nirgends zeigt sich der Inhalt der von den Kapitalisten gepredigten „nationalen Selbsthilfe“ deutlicher als bei dem AGW-Trust. Einigung gegen das Senken der Löhne und Dividenden, das ist das wahre Gesicht der „nationalen Selbsthilfe“. Mit Betriebskürzungen und Massenentlassungen führt das Trustkapital auf seine Art die „nationale Selbsthilfe“ durch.

Der Kampf um eine erhöhte Akkordquote auf dem Weltmarkt der Stahlfabrik produzierenden Länder hat zu einer vollständigen Zerstückelung der internationalen Stahlfabrikverhandlungen im Juni in Paris geführt. Mit aller Energie haben die Mandatanten in den letzten Jahren ihre Stahlfabrikindustrie technisch und ausgebaut. Die Ueberproduktion, hervorgerufen durch die Agrarkrisis, verdrängt die Stahlfabrik in erhöhtem Maße. Die Kriegsgelahr wird den kriegswichtigen Rüstungsindustrien abgibt. Der Kampf der imperialistischen Mächte untereinander wirkt sich aus in der Erhöhung der Zollschranken und dem Senken der Stahlfabrikpreise. Das Letztere heißt aber nicht Verzicht der Aktionäre auf ihre Dividende. Brutal und rücksichtslos hat der AGW-Trust seit Juni den Konfliktzamp auf den Schultern der Chemiewerker ausgegossen. Die Konzentrierung der Stahlfabrikindustrie schreitet — verbunden mit unheimlichen Opfern von Arbeitern und Angestellten — vorwärts. Massenentlassungen von weit über 1000 Arbeitern, Laborkanten und Angestellten in Oppau. Einer vollständigen Stilllegung sieht das Stahlfabrikwerk Pforten entgegen. Sämtliche Angestellte sind gekündigt. Am 26. September wurde die Salpetersäureanlage außer Betrieb gesetzt. Diese Anlage ist ein Schlüsselbetrieb, welcher ohne weitere neue Stilllegungen nach sich ziehen wird. 300 Arbeiter und 200 Angestellte sind jetzt abgemeldet von der Entlassung betroffen. Entlassen, um die Betriebskosten zu senken, um mit weiterer Preisentwertung auf Kosten der Arbeiter den Konfliktzamp erfolgreich beizulegen zu können.

Das Leuna-Werk macht auch den Totenreigen des Trust-

Nazibanditen erwischt!

Halle, 24. Oktober.

Wer wirtlich Waffen besitzt und wie die Nazis auch in Halle alles versuchen, um ähnlich wie in Braunschweig gegen die Arbeiterkassette vorzugehen, darüber berichtet der gestrige Polizeibericht:

Am 23. Oktober gegen 0,15 Uhr wurde in der Glauscher Straße ein Trupp von mehreren Personen, die sich durch ihre Herumstreifen verächtlich machten, nach Waffen durchsucht. Es wurden ein Zylinderrevolver, ein Jagdrevolver und eine Gaspistole mit 14 Patronen gefunden. Die Eigentümer der Gegenstände — Nationalsozialisten — wurden festgenommen.

Einheit der Polizeibericht. Wir bemerken dazu, daß bei der vorgetragenen Hausdurchsuchung im Hallischen Parteihaus und beim Kampfhand gegen den Faschismus von der Polizei auch nicht das geringste gefunden wurde. Weiter stellen wir fest, daß der demagogische Terrorzamp ausgerechnet nachts im Hallischen Arbeiterclubviertel ausgebrochen wurde!

Weiter, ließ auf der Hut, schloß überall die Betriebsbetreuer und Erwerbslosenmassen zur gemeinsamen Abwehr des faschistischen Terrors!

Morgen, Sonntag: Generalsturm zur Partei- und Presse-Werbung

kapitalismus mit. Bei der Stilllegung des südlichen Flügels der Stahlfabrikation im Juli, welche 10 Stunden umfaßt, ist es nicht geblieben. 60 Arbeiter und 150 Angestellte wurden feierlich mit Genehmigung der Regierung im Interesse der Aktionäre aus dem Betrieb entfernt. Doch auf Anregung des IAG-Direktors aus Frankfurt wurden weitere Sparmaßnahmen durch direkte Betriebsbesprechungen vorgenommen. Brandbeschützungs- und Reaktionsmaßnahmen kamen zum Stillstand. Mitten in der Produktion fand diese Partei statt. Doch auch in den anderen Betrieben hat die wahnsinnige Nationalisierungs- und IAG-Könige hat die Belegschaften bejähmt. Ganze Werksstätten sind geschlossen worden. Einen großen Teil der übrigen Belegschaft hat man bis zur Hälfte des Raumes durch Ketten abgesperrt und dadurch eine Nationalisierung bei der Bemühung von Straßhänden durchgeführt.

Die Belegschaft ist durch die letzten Stilllegungen und Sparmaßnahmen von 8300 Arbeitern im Anfang September auf 7000 in dieser Woche gesunken. Somit sind innerhalb von 7 Wochen 1300 Leuna-Arbeiter und 78 Angestellte Opfer jener sinnlosen Entlassungen geworden. Der Opfer hat aber noch nicht genug. Der Stand von 6000 ist noch nicht erreicht wie es die Leuna-Direktion sich vorgenommen hat. Die Entlassungen gehen weiter. Immer enger wird die Grenze der Wohngebiete der Leuna-Arbeiter rings um das Leuna-Werk gezogen. Mit Entrüstung bemerkte die Leuna-Direktion vor einem halben Jahre die Festlegung, daß das Leuna-Werk gebaut, mit 6000 Mann Belegschaft ihre Produktion aufrechtzuerhalten zu können. Doch es fehlen nicht mehr viel, dann ist das Ziel der Leuna-Gewaltigen erreicht. Ihre Weisungen waren trügerische Versprechungen gegenüber der Öffentlichkeit und der Belegschaft.

Und nun Leuna-Arbeiter und Angestellte, wagt ihr weiter so tatenlos zuzusehen, wie die IAG-Könige ihr Kampfprogramm durchführen? Schluß damit! Organisiert den eifrigen Widerstand unter der Führung der KPD für Aufrechterhaltung der Betriebe und Sicherung eures Arbeitsplatzes.

Die roten Betriebsräte haben in ihrem Kampfprogramm den Weg gezeigt, der diese Forderungen erfüllen kann: Sechshundertarbeit bei vollem Lohnausgleich, Wiedereröffnung der stillgelegten Bauten, Einziehung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß, vollständige Stilllegung des IAG-Werkes, Schlichter, Streikbewegungen und so weiter. Dafür gilt es, den Kampf aufzunehmen, um den neuen Lohnvertrag, um weitere Massenentlassungen zu verhindern. Das sofortige Zusammengehen aller Betriebsräte in den chemischen Großbetrieben, die gemeinsame Bildung roter Kampfausschüsse oder Streikleitungen, tatz die Bildung breiter Einheitsorgane für alle organisierten und unorganisierten Belegschaftsmitglieder, das sind die Aufgaben, die in diesen Tagen schärfstens gelöst werden müssen.

Borwärts in Bitterfeld!

Gegen den Justizterror!

(Eig. Meldung.) Bitterfeld, 24. Oktober.

Gewaltige Erfolge zur Bildung der Kampfpartei aller Werktätigen gegen Not und Elend hat die kommunistische Partei in den letzten zwei Wochen in dem Bitterfelder Gebiet zu verzeichnen gehabt. Gekraft haben innerhalb dieser Frist die dritte, von der Polizei wegen Verstoßung des hiesigen Schlichter, Massenversammlung der Kommunisten in Bitterfeld statt. Diese war einberufen worden, um

Massenprotest zu erheben gegen die Einföhrung von neun der besten revolutionären Arbeiter und Arbeiterinnen in Bitterfeld, die ohne Anklageurteil, namentlich seit fünf Monaten hinter Gefängnismauern sitzen.

An Stelle des verbotenen Genossen Dr. Bismarck-Berlin, sprach der Genosse Böhme. Seine Kampfrufe wurde immer wieder von lautem Beifall begleitet. Es wurden 16 Resolutionen angenommen, die Partei gemacht und eine Anzahl Gelder für den „Massensturm“ gemacht. Die glänzende verlaufene Massenversammlung nahm die nachstehende Entschliessung, die an das preussische Justizministerium gelangt werden soll, einstimmig an.

„Die am 23. Oktober in Bitterfeld, Volkshaus, stattgefundene öffentliche Massenversammlung erhebt gegen die seit 3 Monaten andauernde Unterdrückung von 9 Bitterfelder kommunistischen Arbeitern und Arbeiterinnen lautstarken Protest.

Die Versammlung erhebt die Forderung nach einer Amnestie aller politischen Gefangenen. Sie verlangt die sofortige Freilassung und Verhandlung aller der neun Inhaftierten, da sich ausweislich einer Verhandlung ihre Unschuld ergeben muß.

Es hagelt Verklammlungsverbote

(Eig. Meld.) Merseburg, 24. Oktober.

Gestern Freitag war für Merseburg ein roter Appell angesetzt. Die Mitglieder der proletarischen Organisations waren zu einer kombinierten Mittelglieder-Verammlung eingeladen. Die Kräfte-Polizei erschien in starkem Aufmarsch und verhinderte das Stattfinden dieser Mittelglieder-Verammlung.

Eine Mittelglieder-Verammlung der freien Gewerkschaften, die gegen den Willen der Bonzen von den Dürrenberger Gewerkschaftsverbänden einberufen wurde, wurde politisch verboten. Der SPD-Mitglied der Stadt will damit die oppositionelle Arbeit in den Gewerkschaften verhindern.

Aus Wörlitz wird ähnliches gemeldet. Es handelt sich also um ganz planmäßiges Vorgehen der Polizeiverwaltungen. Wie unter der Herrschaft der Braunen.

Verboten! Verboten!

Wie die KPD mitteilen weiß, ist das Organ der KPD für Pölschitz-Kleinmiltzenberg, „Die rote Kommune“, vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen auf die Dauer von sechs Monaten verboten worden.

103 neue Kämpfer in einer Woche

Kommunisten erobern eine Kleinstadt im Sturm

In Dörflich, einem kleinen Schmarwboldstädtchen, wurden in der letzten Woche in einer öffentlichen Versammlung 62 Neuzugewandene für die Partei gemacht. In den Tagen darauf traten weitere 41 Arbeiter und Arbeiterinnen in die KPD ein, so daß jetzt 103 Mitglieder in kürzester Zeit gewonnen wurden. Das wichtigste bei diesen Bewegungen ist die Tatsache, daß die neuen Kampfgewinner zum überwiegenden Teil arme und mittlere Bauern und ex-Arbeiter sind.

Severing, Schrittmacher des Faschismus

Ein ungeheurerlicher Vorstoß der Braunenregierung: Allgemeines Demonstrations- und Aufmarschverbot für das ganze Reich — Sozialdemokratische Arbeiter, lehrt euren Führern den Rückzug zur kommunistischen Partei!

(Eig. Drahtm.) Berlin, 23. Oktober.

Wie die bürgerliche Presse („Berliner Tageblatt“ u. a.) mitteilt, beabsichtigt die Braunen- und Innenminister Groener durch Notverordnung alle Aufmärsche und Demonstrationen im ganzen Reich bis zum 1. April 1932 zu verbieten. Nur in Ausnahmefällen, also für sozialdemokratische und sozialistische Organisationen, soll eine Erlaubnis möglich sein. Mit dem Demonstrationsverbot will man ein Uniformverbot verbinden.

Dieser Plan wird heute morgen durch eine offizielle Mitteilung in der Weisung demontiert, daß in einer Konferenz des Reichsinnenministeriums mit den Völkervertretern ein solcher Plan zwar erwogen wurde, aber eine Einigkeit nicht zu erzielen war. Das Ungeheuerliche bei dieser Mitteilung

ist die Tatsache, die die „Neue Leipziger Zeitung“ heute mitteilt, daß:

Die preussische Regierung, also der Sozialdemokrat Seewitz, ist der Urheber dieser neuen Pläne eines allgemeinen Demonstrations- und Uniformverbotes.

Der Charakter dieses Planes wird wohl am besten durch den Umstand, daß sich alle anderen Länderverträge in der erwähnten Konferenz gegen denselben gerichtet haben. Auch hierbei erweist sich also die sozialdemokratische Koalitionsregierung in Preußen wiederum als Schrittmacher der Hitler und Hugenberg, Schrittmacher des Faschismus. Mit Entrüstung werden hier sozialdemokratische Arbeiter von einer solchen Politik des Führers abweisen.

Abrechnung mit der Sumpfpartei

KPD-Ziegler verleugnet in Zeit sein eigenes Programm — Niemand verteidigt die SPD-Berliner

(Eig. Meldung.) Jäh, 24. Oktober.

Gestern abend fand in Jäh ein von etwa 500 Personen besetztes, von der „Sozialistischen Arbeiterpartei“ einberufenes öffentliches Versammlung statt. Als Referent trat Ziegler, Breslau, auf. Er verneint es ängstlich, in seinen Ausführungen die kommunistische Partei auch nur mit einer Silbe anzudeuten. Der Diskussionsredner der kommunistischen Partei sagte die Halbschritte des „Kampfsprogramms“ der KPD an. In diesem Programm wird bekanntlich immer noch die Möglichkeit offen gelassen, auf demokratischem Wege zum Sozialismus zu gelangen. Auch greift das Kampfsprogramm die Kampftaktik der kommunistischen Partei in der sozialdemokratischen Weise an.

Bei der Feststellung unseres Diskussionsredners, daß die Verbindung der KPD mit der Partei an der Handlung der KPD sei, weil die KPD-Arbeiter dadurch von der Schließung der Einheitsfront unter Führung der KPD abgehalten werden, sollten die Anwesenden demonstrieren, für den Beifall.

Charakteristisch für den „Miß“ und die „programmatische Klarheit“ des KPD-Führers Ziegler war der Umstand, daß er auf die Angriffe unserer Diskussionsredners zum Kampfsprogramm der KPD nichts zu erwidern wußte. Er meinte lediglich in demagogischer Weise, daß ein Programm vorhanden sei und eine Partei und ihre Führer solle man nach dem Inhalt beurteilen.

Die „tapferen“ Bergholz und Franken glänzten durch Abwesenheit. Es fand sich keiner, der bereit gewesen wäre, in der Diskussion die Politik der KPD zu verteidigen.

Die Diskussion mit den nach dem richtigen Weg zum zehnjährigen KPD-Arbeitern wird in Zeit erfolgreich fortgesetzt. Mit noch nächster Woche veranstaltet die KPD in der kommunistischen Partei in der „Zentralhalle“ eine öffentliche Versammlung, zu der sie die Führer der neuen KPD und auch Bergholz und Franken unter Führung einer einstündigen Redebeiträge einladet. Auf die Einzelheiten der geltenden Versammlung kommen wir am Montag noch zurück.

Berklärt den Kampf um die Amnestie

Eine Antwort der proletarischen politischen Gefangenen an das Reichsjustizministerium

(Eig. Meldung.) Berlin, 23. Oktober.

Als am 17. und 18. Oktober d. J. eine Delegation von Vertretern Berliner Großbetriebe, Stempelstellen und Frauen politischer Gefangenen im Reichsjustizministerium erschienen, um ihre Forderung nach Vollamnestie zu erheben, erklärte Ministerialrat Richter 2, daß die zu Freilassung verurteilten Arbeiter zur feine Schuldhaft nach Freilassung hätten. Von der roten Hilfe wird uns als Antwort auf diese unerhörte Weigerung folgende Erklärung der politischen Gefangenen Auerbach i. Z. übermittelt:

Durch die Freilassung wird, daß der Ministerialrat Richter 2 einer Amnestie-Delegation erklärt hat, daß die von Reichsgericht zur Freilassung verurteilten revolutionären Gefangenen gar keine Schuldhaft nach Freilassung hätten.

Die proletarischen politischen Gefangenen in der Stellung Auerbach im Bogland, die zum Teil bereits länger als zwei Jahre ihrer Freiheit beraubt sind und in dieser Zeit die

„Humanität“ des reaktionären Strafvollzuges zur Gewichte tragen lassen haben, erheben gegen eine solche provisorische Freilassung leidenschaftlichen Protest. Sie fordern die Freilassung auf, nun erst recht alle Strafe für die Volkstäter der proletarischen politischen Gefangenen zu mobilisieren.

Die Gefangenen in Auerbach

Eine ähnliche Erklärung ist der roten Hilfe auch von den Zeitungsgefangenen in Bielefeld zugegangen. Die Genossen weisen darauf hin, daß in den letzten Wochen immer härtere Schmälerung der Rechte der proletarischen politischen Gefangenen eintritt und der Strafvollzug immer stärker gehandhabt wird.

Die Arbeiterhilfe wird den Appell der proletarischen Gefangenen beherzigen und alles tun, um die Freilassung der 6000 proletarischen politischen Gefangenen wie zum Opfer der sozialen Not und des § 218 durchzuführen.

Gefängnis wegen Streik!

Schreckensurteil gegen streikende Seeleute — Kieler Sondergericht arbeitet — Berklärt Meßnerprotest

Das Sondergericht gegen streikende Seeleute, das in Lohsehaus von Kiel-Holtenau sagt, hat die ersten Schreckensurteile gefällt. Zwei Kieler Seeleute des Hamburger Dampfers „Mia“ wurden zu der unangenehmsten Strafe von je sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Polizeifunktionäre liegen auf der Lauer, um weitere streikende Seeleute von den einlaufenden Schiffen herunter zu werfen.

Die rote Hilfe hat sofort einen Verteidiger nach Kiel geschickt, und sie fordert alle Arbeiter auf, den Massenprotest gegen die Verurteilung der streikenden Seeleute zu heigern.

Durch Schreckensurteile sollen die Arbeiter von der Gegenwart gegen den Lohnraub zurückgehalten werden. Nach

Parteiloser Arbeiter wirbt 168 Leser

Der parteilose Arbeiter Willi Dambach in Dortmund war während der ostpreussischen Herbstzeit der kommunistischen Partei 168 neue Leser. Das ist die richtige Antwort auf alle Verleumdungen und Unterdrückungsmaßnahmen. Für die kommunistischen und parteilosen Arbeiter ist dieser Genosse ein leuchtendes Vorbild.

Wie wirbt für die „Rosa-Luxemburg“ am nächsten Sonntag ebenfalls neue Leser?

dem mit Hilfe der KPD-Mitglieder die Streikfreiheit und der letzte Akt der politischen Freiheit der Arbeiter aufgedeckt wurde, soll jetzt die Verurteilung der Streikfreiheit durch Schreckensurteile zurückzuführen werden. Es wird aber keinen politischen Arbeitern der KPD-Arbeiter geben, der nicht in größter Empörung die Verurteilung der streikenden Seeleute zur Kenntnis nehmen würde. Gegen diese Verurteilungen muß die breiteste Einheitsfront aufgefunden werden. Wir müssen uns vereinen in der Forderung auf sofortige Freilassung der verurteilten Seeleute.

Die Wirtschaftspartei im Stante behält hat beschlossen, aus der Partei auszutreten. Sie wollen die „Nationale Opposition“ unterstützen.

Gewaltige Frauenkund erbung im roten Berlin

Berlin, 23. Oktober. (Eig. Drahtm.)

Zu vielen Tausenden waren die Arbeiter, vor allem die weiblichen Frauen Berlins, gestern dem Aufmarsch revolutionärer Führung gefolgt. Das meiste Terrain des Sportpalastes war besetzt. Kopf an Kopf standen die Ausgebildeten und Wohlhabenden, um den Worten zu lauschen, die ihnen den Weg an den Abend wiesen und besonders zur Vorbereitung des Berliner Arbeiterstreiks aufriefen.

Die vertagten Frauen gaben der geliebten Sportpalastgebung der kommunistischen Partei das Gepräge. Mindestens ein Drittel aller Anwesenden waren Frauen. Die geliebte Sportpalastgebung war ein Unterland dafür, daß die KPD-Veränderungen bei den wertigen Frauen jeder in die KPD-Konferenz eintraten.

Nach anfeuernden einleitenden Worten des Genossen Seewitz sprach die KPD übertragene ehemalige Sozialdemokratin Rosa Luxemburg. Eine lange Rede in der KPD organisierte Arbeiterin erließ unter fürstlichem Beifall ihren Lebertritt zur KPD.

Wir marschieren vorwärts!

In Dörflich bei Dr. Weran (Hessen) fanden am 18. d. M. Gemeinderatswahl, aus denen mit 67 Stimmen unter dem Kommando der KPD als größter Erfolg hervorging. Am 14. September hat die KPD 51 Stimmen erhalten gegen 19 Stimmen bei den Reichswahlen 1928. Die Sozialdemokratie hat diesmal 50 Stimmen erhalten, gegen 42 Stimmen am 14. September und 68 Stimmen im Jahre 1928.

Zum Vergleich stellen wir noch die Zahlen der Stimmen von Nazis (15), Landtags (36) und der Deutschen (2) gegenüber. In den Reichswahlen 1928 waren keine Reichswahlen ausgefallen. Unter 51 Stimmen erholten sich 10000 in Kieler Arbeiter KPD-Wähler, wie auch der Kleinbauern zu finden. Die Wahlberechtigung betrug 70 Prozent. Dieser Erfolg ist ein guter Anhalt für die kommenden Landtagswahlen.

92
Ba
ner
stieren
Der Ver
stimmte
1. Novemb
erung zu
ein. Der S
hender, der
nach Deut
und Stra
10-Stun
Reichsge
der Vorber
Ganz Form
Gemeinder
Inhabiter
den Komm
die KPD
Leibdemag
König und
Demagogie
Brüning
gekommen
vom 16. Okt
„Sol
die grös
der Ne
ist das
das Verban
liches fertig
folgt:
„Der Z
müht, es
solte zu
gen un
stanzen
rob se
rhan P
nung el
eine Re
lichter
wurde.
etwas
Arbeit
von der
senkung
Dagegen
die Haltung
meinen
Zerbröck
den Brin
laburist
Dieser
Blätter
nicht vor
ein
und die
entfallen
Zu allen
reabes
wunder
Bürger
und
aufrecht
bauer ge
Über neu
bar um
„Entz
Chem
Die Gen
der neue
auf Hebr

Die Mandchurerei unter Japans eiserner Ferkel

Blutiger Terror der japanischen Soldateska gegen die chinesischen Wertfätigen — 16 000 Eisenbahner rüsten zum Streik

Tschangtschichs Wiew entlarvt

Ein Aufruf der KP. Chinas an alle Sektionen der Kommunistischen Internationale

Weking, 22. Oktober. Wie aus Chardin gemeldet wird, hat die japanische Regierung mit den von ihr eingesetzten „unabhängigen“ Regierungen in Kina und in der Südmandschurei „Verträge“ abgeschlossen, durch die die Mandchurerei zu einem „unabhängigen Staat“, d. h. zu einem Vasallenstaat Japans proklamiert wird. Japan erhält durch die Verträge alle Güten an der südmandschurischen Küste und volle Verfügungsgewalt über alle wichtigen Eisenbahnknotenpunkte in der Südmandschurei.

In allen von japanischen Truppen besetzten Gebieten der Mandchurerei wird gegen die chinesische Bevölkerung ein brutaler Terror indiziert. Die japanischen Truppen schießen raubend und plündernd durch das Land. Alle Vorräte an Lebensmitteln und Kleidungsdingen werden requiriert. Hunderte von Betrieffen sind gefoltert und die Arbeiter auf Pfahle geschossen. Das ganze Wirtschaftsleben der Mandchurerei ist vernichtet.

Der einzige Betrieb der voll aufrechterhalten ist, sind die Eisenbahnen, insbesondere die Südmandschurische Eisenbahn, auf der nur noch Truppentransporte vor sich gehen. Die chinesischen Eisenbahner werden gezwungen unter militärischer Bedeckung zu arbeiten. Sie werden von den japanischen Soldaten in beispielloser Weise terrorisiert.

Infolgedessen herrscht unter den Arbeitern und Angehörigen der Südmandschurischen Eisenbahn eine grenzenlose Erbitterung. Tagtäglich finden erregte Versammlungen statt, die bisher jedesmal von den japanischen Truppen mit Waffengewalt aufgelöst wurden. Die Kampfsituation wächst von Tag zu Tag. Nach Meldungen aus Chardin ist damit zu rechnen, daß in den nächsten Tagen das gesamte Arbeiter- und Wagenstellenpersonal der Südmandschurischen Eisenbahn — es handelt sich um über 15 000 Arbeiter und Angestellte — in den Streik treten wird.

Das japanische Oberkommando kündigt für den Fall des Streiks eine blutige Strafexpedition an. Hinsichtlich der Eisenbahn wurde auf Abordnung des japanischen Kriegsministeriums ein großer Transport von Maschinen, Geschützen, leichtem Feldgeschützen und automatischen Gewehren nach der Mandchurerei geschickt. Neue Truppentransporte werden angeflutet.

Die japanischen Sozialfaschisten im Lager der Kriegstreiber

Ein Bekenntnis zum Raub der Mandchurerei

Tokio, 22. Oktober. Die japanische Sozialdemokratie, die bisher bereits den japanischen Imperialismus vorbehaltlos unterstützt hat, ist jetzt offen in das Lager der japanischen Kriegstreiber übergegangen.

Der Vorstand der Partei veröffentlichte eine Erklärung, in der er sich für sozialistischen Internationalismus löst und zu einem „Sozialfaschismus“ bekennt. Der Internationalismus ist — so heißt es in der Erklärung — „in der Gegenwart nicht zu verwirklichen“.

Der unmittelbare Anstoß zu dieser Schwertung habe — so lautet es in der Erklärung weiter — die Mandchurereizeuge gegeben.

Die Partei habe das Mandchurereizeugeproblem bisher stets als einen Teil der imperialistischen Bestrebungen des japanischen

Shanghai, 22. Oktober. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas wendet sich an alle Sektionen der Kommunistischen Internationale mit einem Aufruf zur aktiven Solidarität gegen das blutige Terrorregime und das niederträchtige Provokations- und Völpelgeheule, mit dem die herrschende Kuomintang die chinesische Arbeiterpartei desorganisiert und zu lähmen versucht.

In letzter Zeit hat eine systematische Provokationskampagne gegen die KP. Chinas eingesetzt. Diese Kampagne wird geführt mit einem ganzen Spektakel, mit Hilfe gefälschter Flugblätter, mit organisierten weißen Händen, die sich als Rotarmisten ausgeben, Dörfer niederbrennen, die Bauern ausplündern und auf diese Weise den Kommunismus und die Sowjetunion diskreditieren sollen.

Unter den Völpeln, die von Tschangtschich in die Partei entkandt wurden, hat der Spindel Hsüschun-Tschang eine besonders verwerfliche Rolle gespielt. Darüber heißt es in dem Aufruf:

„Am niederträchtigsten und am gefährlichsten für die Partei arbeitete Hsüschun.“

Dieser Verräter war seit langer Zeit in der Partei tätig und genöß großes Vertrauen. Er übernahm die gewalttätigen, konspirativen Standpunkt Schmierereien und hat es verstanden, sich in die Parteileitung einzuschleichen. Er wurde in das ZK aufgenommen.

Als der Augenblick eines der bedeutendsten Kämpfe der Revolution heranrückte, als vor der Partei die Frage der Mobilisierung der wertfätigen Massen ganz Chinas entstand, um den kommunistischen Gebieten und der Roten Armee zu helfen, die dritte, von einem 300 000köpfigen Kuomintangheer ausgeschickte Offensiv gegen die Sowjetgebiete zurückzuführen, eine Offensiv, die von deutschen Nationalsozialisten organisiert und geführt, von amerikanischen, englischen und japanischen Kanonenbooten und Flugzeugen unterstützt wurde, zeigte der Tübs Hsüschun-Tschang sein wahres Gesicht, indem er offen auf die Seite Tschangtschichs übergang.

Im leinen Übergang ins Lager der Feinde zu verfallen, um seine verräterische Arbeit von innen heraus weiterzuführen, organisierte die Kuomintang-Führer eine Komödie der Verschaffung und der Flucht von Hu aus dem Gefängnis. Hsüschun-Tschang verriet an die Kuomintang und die Imperialisten alle Verbindungen des ZK mit den Sowjetunion und Sowjetgebierten, verteilte Parteibroschüren, Dokumente, Briefe. Er organisierte auch die Verhaftung des Parteiführers Tschangtschich. Der Verrat gelang es, denerrat von Hsüschun-Tschang sofort zu entlarren. Jetzt hat Tschangtschich selber in der Presse zugegeben, daß Hu mit ihm arbeitete.

Vomerrat von Hsüschun-Tschang hat unserer Partei viel Schaden zugefügt. Doch Kuomintang und Tschangtschich haben sich verrechnet, als sie glaubten, dieser Verrat werde unsere Partei ins Verderben führen. Unsere Partei hat sich von dem Schlag, den sie von Hsüschun-Tschang erhalten, nicht erschrocken.

Reiches angehen und es deshalb bekämpft, jetzt aber habe sie erkannt, daß es ein national-revolutionäres Programm sei und als solches im Rahmen des sozialistischen Systems gelöst werden müsse. Die Partei werde fortan überhaupt den außenpolitischen Fragen mehr Aufmerksamkeit zuwenden.

hat die Verbindungen mit den Sowjetgebierten wieder aufgenommen, unter ihrer Führung hat die Rote Armee den dritten Kriegszug der Generäle gegen die Sowjetgebierte erfolgreich zurückgeschlagen. An der Spitze der wertfätigen Massen Chinas in ihrem Kampf um die nationale und Agrarrevolution stehend und der Unterstützung des internationalen Proletariats sowie ihrer Führer, der kommunistischen Parteien aller Länder, steht, wird unsere Partei auch weiterhin die Massen in dem Kampf für die Vertreibung der Imperialisten, für den Sturz der Kuomintang, für den Zusammenbruch Chinas, für die Agrarrevolution, für Räte in China führen und zugleich die wertfätigen Massen zur bewaffneten Verteidigung der Sowjetunion organisieren.

Zugleich aber fordern wir alle Wertfätigen Chinas auf, in der entschlossensten Weise gegen den brutalen Terror und gegen diese niederträchtigen Provokationsmethoden der Kuomintang und der Imperialisten aufzutreten. Gegen die Völpel führen wir und werden wir stets einen rücksichtslosen Kampf führen.“

Der Aufruf schließt mit dem folgenden Appell an das internationale Proletariat:

„Wir protestieren gegen den unerhörten weihen Terror der Imperialisten und der Kuomintang in China! Erhebt Euch zur Verteidigung der gebräuteten Verhafteten, Millionen Hungernden, Hunderttausende der Vernichtung preisgegebenen Arbeiter und Bauern Chinas.“

„Nieder mit den Imperialisten und der Kuomintang! Nieder mit der Provokation und dem weihen Terror! Hoch die Sowjets in China! Hoch die internationale Solidarität des Proletariats mit den unterdrückten Massen der Kolonien und Halbkolonien! Es lebe die Komintern!“

Aufstand auf der Insel Cypren

Das englische Regierungsgebäude niedergebrannt

Ll. London, 22. Oktober. Am Donnerstag ist in der englischen Kronkolonie Cypren ein Aufstand ausgebrochen. Eine größere Meuterei ergriff das Verwaltungsgebäude der britischen Regierung an und stürzte es in Brand. Das Gebäude brannte vollkommen nieder. Die Polizei gab auf die Menge Feuer, wodurch ein Eingeborener verbrannt wurde, von denen bisher einer seinen Verletzungen erlegen ist.

Der britische Gouverneur hat den Gouverneur von Malta um Unterstützung durch Kriegsschiffe ersucht.

Das Kolonialamt in London gab am Donnerstagnachmittag bekannt, daß die britischen Behörden „Herren der Lage“ seien.

Die Admiralität dagegen teilt mit, daß zur Unterdrückung der Unruhen auf Cypren die beiden 10 000-Tonnen-Kreuzer „London“ und „Schrothire“ sowie zwei moderne Zerstörer von Kreta nach Cypren entsandt worden sind.

Den letzten Meldungen aus Cypren zufolge sind zur Vertreibung der Garnison bereits 50 Mann in Flugzeugen, annehmend von einem Flugzeugmutterflott, eingetroffen. Weitere Truppen werden am Freitagmorgen aus Alexandria (Ägypten) mit Flugzeugen abgehen.

K. OLECTIV Die letzten Tage von...

Fortsetzung. Copyright by „Die Rote Fahne“.

Frei zog sich schnell seine Sachen an. Käte hatte ein paar frische Stullen bei sich. Sie legte darauf eine weiße Decke auf, die sie von der Wirtin holte, und stellte zwei Tassen hin. Das war doch was anderes, als jeden Tag die Schlucke aus der Thermosflasche.

Dann gingen sie zur Untergrundbahn und fuhren nach der Südwahlstraße. Da war toller Betrieb. Ganze Abteilungen Schupo standen dort. Ein Zivilist durfte nicht stehen bleiben. Die Nebenbahnen waren vollgepfropft mit Verehrerinnen.

Sie brängten sich noch in den überfüllten Saal. Es hatte gerade begonnen.

Frauen mit roten Kopftüchern bildeten Spalier. Andere trugen rote Fahnen in den Saal und marschierten unter den Klängen der Internationale durch den Mittelgang. Alles hand auf und schaute begeistert auf den Hauptplatz, dem sich eine Reihe von Frauen anschloßen, auf deren Kopftüchern mit gelbem Buchstaben gelblich stand: „K. OLECTIV“ (Einheitsverband Berliner Metallarbeiter).

Käte war zum erstenmal in ihrem Leben im Sportpalast. Durch war sie übermüdet von der Masse der Menschen, die sich um sie und in den beiden Rängen drängten. Und dann begann sie zu fragen. Frey meinte, was er alles vermute konnte. Er hatte ihr so gut wie nichts erzählt. So ergeht man seine Kämpferinnen, sondern höchstens stille Frauen, denen der Kopfputz die Welt bezaubert. Ja, da hatte er schwere Fehler gemacht. Aber er schamte sich, daß es besser werden sollte.

Sie hatten auf der unteren Galerie einen Platz gefunden. Von dort konnten sie gut sehen. Und hören konnte man überall, weil ein Redner von Lautsprechern über den Riesenraum verteilt war. Rednergebäude gingen herum. Frey laute der Käte eine „Kämpferin“. Sie mußte ihn verdrängen, sie aufmerksamer zu sein.

„Und dann ging's los: Eine Arbeiterin von Siemens spricht. Sie schilderte die Ausbeutung im Betrieb. Käte lauscht. Geht sie das was an? Ist sie Metallarbeiterin? Sie sagt Frey an. Der nickt ihr kaum zu: Es geht sie was an. Es ist dieselbe Sache wie im Warenhaus.“

Käte begriff natürlich die Zusammenhänge noch nicht. Man kann so etwas nicht auf den ersten Anblick begreifen. Das erfordert lange Denarbeit. So ein ganz kleines Fräulein hat sie gefangen. Was sie nie für möglich gehalten hätte: die Nebeninteressenten sie. Es ist nicht so, wie wenn man die schweren Artikel lesen soll.

Koll mit neuen Eindrücken hängt sich Käte in Freys Arm, als sie nachher mit dem großen Menschenstrom auf die Straße gingen. In die Untergrundbahn ist nicht hereinzukommen. So gehen sie ein Stück zu Fuß. Rollenoberfläche. Es ist heute leer. Die Bürger, die hier wohnen, liegen jetzt beim Mittagessen. So pendeln sie weiter, die Reichstraße hinauf. Die Schaufenster werden, je weiter sie sich dem Mittelbergplatz nähern, immer zahlreicher. Ein Pfeifezug: „Dauermilch hier nur zehn Mark!“

„Billig!“ meint Käte. Aber sie hat die zehn Mark natürlich nicht.

Blumen — lächert — nochmals Blumen — Konfekt — eine kleine Korbblüte. Sie bleiben gewissenhaft an allen Fenstern stehen und sehen sich die Geschäftsfrauen an. An der Ecke ein Anzeigenladen. Keine Cadeh! Das Billigste, was es in Berlin gibt. Pelymängel für 68 Mark. Ein Reflektorschild: „Wißt du im Leben vorwärts kommen, so mußt du gut angezogen sein.“

„Ja schön.“ meint Frey. „Vielleicht fallen ein paar Leute drauf rein. Ich hab' schon viele Leute gesehen, die sind auch im besten Anzug nicht Fabrikdirektor geworden.“

Kaufhaus des Weizens. Billige Grammophone — Tassen für 12 Pfennig — Handtücher für 35 Pfennig — billige Wäulen alles da, bloß kein Geld. Große dahinter und dann die Teilstellen. Kein aufhebend. Grape fruits — Stück 1.50 Mark. Solat, Bierelpfund 1.75 Mark. Es ist alles da. Und daneben dettelt ein Kriegsblinder.

Die Luft ist von Autogehack verpestet. Frey sieht Käte weiter. „Kommt raus aus dem Dreck. Das ist nichts für uns. Das ist was für die Reichen. Schnell gingen sie durch die Straße der Burg.“

lokale hin zum Bahnhof Zoo, und für 20 Pfennig fuhren sie dann in die frische Luft. Mit ein paar hundert anderen stiegen sie aus dem Stadtbahnhof und verfrühten sich schnell auf kleinen Waldwegen, neben denen die hohen Kiefern standen wie preußische Genadiner.

Kätes Kopf war noch voll von dem Gehörten. Und sie war glücklich darüber, daß Frey mit ihr hinausgegangen war. Die Sonntage waren manchmal schauerhaft, wenn man zu Hause lag und auf Frey wartete, bis er endlich von seinen Genossen kam. Er nahm sich vor, in Zukunft lieber mitzugehen, dann konnte sie ihn schneller loslassen. So wie heute war es sehr schön: zuerst mit zur Parteientstaltung, dann zu zweien.

Sie kamen an einen kleinen See vorbei, wo sie einen gesüßlichen Angler beobachteten. An der Rekruturung stand ein Mann, der auf seiner Geige altrunde Töne hervorbrachte. Vor sich hatte er eine Wäsche hängen, in die Vorübergehende ein paar Münzen geworfen hatten.

Als sie schon weit weg von der Station waren, da sahen sie sich auf ein trotzendes Kolonialid. Ein böhmisches Fräulein machte es ganz gemütlich. Käte holte das Stullenpaket vor, und sie hingen an, ihr süßliches Witzenchen zu erzählen. Sie hatte kein eingetauscht. Auch eine Gurke hatte sie mitgebracht. Frey leute sich lang und ließ es sich schmecken. Er fand, daß er glänzend aufgehoben war. Weinade wäre er eingetauscht. Da fing Käte an, zu erzählen: „Die war aber tollsch! böse!“

„Wer?“ fragte Frey und dachte, daß sich die Klage über Kätes Wirtin wieder anfing.

„Ja, die Frau, die vorhin gesprochen hat.“

„Welche Frau denn?“

„Ja, die von Siemens.“

Frey überlegte, wo sie denn eine Frau von Siemens getroffen hatten. Schließlich ging ihm ein Licht auf, daß Kätes Gedanten sich mit den Reden im Sportpalast beschäftigten. Das freute ihn. Er sagte: „Ja, haben wir denn keinen Grund dazu?“

„Wieso wir?“ meinte Käte.

„Wir? Die Proleten natürlich. Das ist doch überall dasselbe. Wir werden eben gedrückt, damit die anderen es sein haben.“

„Wieso denn? Bei uns ist das anders so. Wir haben's ganz gut im Warenhaus.“

(Fortsetzung folgt.)

PROLETARISCHES FEUILLETON

Muß man sterben? / Von Gerd Rieger

Von einer kleinen, tapferen Florentinerin mit schwarzem Kubantopf und noch schwärzeren blühenden Augen soll ich die heutigen Genossen grüßen und ihnen ein „Rot Front!“ zurufen. Während wir uns die Hände zum Abschied brüden, glänzen ihre Augen und sie wiederholte einbüchsig: „... und brennt nicht, die heutigen Genossen zu legen, daß wir auf sie blicken, ihre Arbeit benötigen — und daß wir in diesem Kampf mit ihnen gemeinsam für die Revolution arbeiten...“

Einige Wochen vergangen seitdem. Sie brachten Rotenordenungen für Deutschland und Jubelstimmen des „Bormärts“ für den fliegenden Abenteuer Paulo de Boffis, der über Rom antifaschistische Flugblätter abwarf.

Wir erstannen den Mut und die Opferbereitschaft dieses Mannes an, aber nicht seine Tat.

In seinem im „Bormärts“ veröffentlichten Testament schreibt er: „... Ich sehe auf dem Standpunkt, daß, damit der Faschismus nicht, es notwendig ist, daß etwa einer Duzend junger Leute ihr Leben opfern, um den Geist Italiens aufzurütteln...“

Genieß muß man sterben, Signor Boffis, aber vorher muß man erst mal leben, kämpfen, systematisch, organisiert kämpfen. Und auf schließlichen Helden geben den Faschismus zu kämpfen, ist nicht leichter als der Opfertod. Boffis behauptet, es gäbe in Italien keine Männer mehr, die ihr Leben im Kampf einlegen. Da liegt der Irrtum. Hätte er nicht in der Emigration gelebt, so hätte er leben müssen, daß tausende Männer, tausende Mädchen und Frauen bereit haben, Hunderte sind gestorben. Tausende werden in Mauthäusern umgekommen zu Tode gemartert, weil sie aufzurütteln, ihr Leben im Kampf hielt unter dem Zeichen:

Partito Comunista d'Italia.

Der „Bormärts“ zeigte ein unaufrichtiges, rührendes Bildchen, wie schließliche Mütter triumphierend die abgemordeten Flugblätter verhaftete. Sollte der „Bormärts“ nicht wissen, daß die Angelegenheit durchaus nicht so lächerlich und keine Karikatur eine verdammt blutige Ironie ist. Denn hunderte Arbeiter, die diese Zeitungen ablesen, in den Tälern sterben, ohne vielleicht einmal den Inhalt gelesen zu haben, wurden verhaftet. Und durch italienische Gefängnisse geschickt zu werden, bedeutet für diese Gefangenen: „Man muß sterben.“ Sterben, wie es Boffis ironisch verlangt, ohne Italien „aufzurütteln“, durch ein unvernünftiges Abenteuer.

Über ich will berichten, was jene junge Genossin mir erzählte. Ich sehe sie noch vor mir: glühlich blickend ihre Augen, wenn ich sie richtig verstand. Ihre Stimme glitzerte vor Erregung und daß:

Im Juli 1930 warf Boffis ein vom Flugzeug antifaschistische Flugblätter über Mailand. Was mußte Norbontropa davon, als es Boffis katapultierte? Unendlich viele Arbeiter sind bei dieser Gelegenheit bis heute in Kerker begraben. Die Arme der Spitze und Argentin ist verhaftet worden, muß Opfer bringen, verhaftet, verurteilt. Untere Arbeit“ sagt die Genossin, „sollt nur Schaden. Es wurde noch schwieriger, noch schmerzlicher. Boffis alarmierte das Herz der Mütter und Spitzer, aber nicht das wertvolle Italien. Wir brauchen keine fremden Abenteuer, die dich nichts von unserer illegalen Arbeit verstehen und uns nur zu verwirren. Wir haben Flugblätter selbst wir brauchen. Und werst ich darauf, sie werden auch verteilt. Verteilt, nicht unter den Augen der aufsehenden Mütter. Wir sprechen aus dem Dorfe mit den Bauern. Wir halten geheime Zusammenkünfte ab. Regelmäßig erscheint unser Verteilungs „Dienst“ (Die Einigkeit) auf Jagdreviergebirge. Selbst im Brief zu verschicken. Und hier, er bricht mir ein Wörtchen in die Hand, „ein Zeugnishaftigkeit für die schließliche Mütter. Die Arbeit der Flugblattverbreitung vor Fabriken und Katernen wird sogar jenseit von uns Genossinnen erledigt; es ist unsere Aufgabe. Wir haben heute unsere Jellen wieder aufgebaut; ob in Verona, Mailand oder Rom, unsere Jode marschieren.“

Unbehindert gelangten die schwarzen, kostbaren Druckmaschinen während dieser Månner über die Berge in das Land des Faschismus, um, nach Boffis, aber auf eine andere Art, den Geist Italiens aufzurütteln.“ Der Geist des wertvollen Italiens und nicht den Geist der Mütter. Das ist der Unterschied.

Sie erzählt es mit leuchtenden Augen, die zu flackern beginnen.

Und nun, Signor Paulo de Boffis: Muß man sterben? Oder weiterleben und kämpfen? Wir jedenfalls wollen leben.

Schauo hört Moskau

Das Interesse für den Moskauer Empfang ist aufeinander auch bis in die haarscharfsten Organe gedrungen. Die Berliner Gruppung des freien Radiobundes „Kriegsrufer Berg“ hatte in den Berliner-Radiostellen zu einem öffentlichen Moskauer Empfangsabend geladen, zu dem nicht nur etwa 300 Rundfunkteilnehmer aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung, sondern auch ein Polizeihauptmann mit acht Polizisten und einem „Zivilbeamten“ erschienen waren. Es ist erweislich, daß die Politischen Gelegenheiten hatten, einem Moskauer Empfang persönlich beizuwohnen. Wir können es auch verstehen, daß dem Hauptmann, der augenblicklich vorher nicht daran achtet, was er für einen Offizier haben, die man nicht auf verstopfen kann, viele Nachteile auf die Dauer unangenehm wurde. Er benötigte eine Stütze in der Nichtleistung, die die Fortsetzung des Moskauer Empfangs zu verhindern.

Daß der Empfang irgendwoher Station durch Polizei verboten werden kann, ist, trotzdem wir vieles gemacht hat, immerhin neu in der Geschichte des „offiziellen“ Rundfunks.

um den internationalen Kapitalismus, den Faschismus sterben lassen zu können!

Das revolutionäre antifaschistische Italien verzichtet größtmäßig auf die Sentenzen eines Faschisten oder auf Paulo de Boffis „brühenden Appell an den König“.

Ein helnes Beispiel von den namenlosen Helden der Jode: Unter schwierigsten Verhältnissen mußten irgendwo in den Alpen wertvolle Druckmaschinen illegal über 2000 Meter hohe unzugängliche Felswände geschleppt werden. Nach Italien hinein. Mancher Tage ging es nur einige wenige Meter vorwärts. Polizei und Spitzer hind wachsam. Die Augen der Mütter blickten. Das Netz der Genossen wurde ausgepannt, um die Verfolger abzulenken. Und es gelang.

Ein Wägenführer: Ein Brief ist von der Schweizer Grenze nach Rom, Italien, zu bringen. Zwei Briefe werden angefertigt. Jeder Manner mochte sich auf den Weg, den Todesweg. Einer zu Lande, einer zu Wasser, auf dem Lago Maggiore. Und jeder weiß, ist er in der Schlinge, kommt der andere durch.

Arthur Bürgerlich funkelt

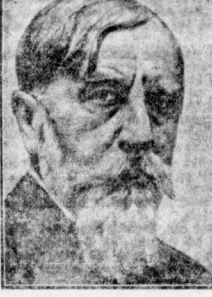


Reinischweiz, den 20. Oktober 1931. Botschaft „Zum Brauenen Arbeiter“. Der „Reinischweiz“ und „Reinischweiz“ der 100 000 — nur kommunistischer Wahlrechtsfanatismus kann von der lächerlichen Zahl von „etwa 30 000 Wähler“ berichten — ist vorbei. Die Truppen sind befehlsgemäß wieder in ihre Heimatländer abgerückt. Zurückgeblieben sind nur einige wenige, denen gelegentlich die „Strategie“ von der beglückten Bevölkerung zu Hilfe auf die Kosten geflickt wurde. Sie führen zur Zeit ihre Sittlichen und, wo vorhanden, ehelichen

Beispiele in den höchsten Heil-Geist-Anstalten. Schon beim Einmarsch der 150 000 erhielt sich die Bevölkerung sowohl multigültig wie das Dasein. Ja, im Gegensatz zu jedem anderen Begriffsgebrüll war das Volk beim Einmarsch der Braunen in Schwiz, eine Annäherung, aus dem Namen der Stadt hergeleitete Dotation. Auf Seiten der 3. Reichs-Wehr ging man darauf sofort dazu über, der Bevölkerung der Arbeiterbezüge ohne jedes Sonderentree einige maßgebliche Paradenmärsche der Heil-Armee, sowie höchst anständige Einmärsche in den verschiedenen Orten vorzuführen. Jeder ging einher mit der spontanen Begleitung der Arbeiter hierbei einige tausend Arbeiterfenster in Trimmer.

Artur Schnitzler

Ein fast 70-jähriger Dichter des liberalen Bürgerturns der Schweizer Monarchie, Artur Schnitzler, hat sich plötzlich an einem Schlaganfall.



Sein Werk wird ihm kaum überdauern. Seine Feuilletons zeigen den Mann, aber dennoch geistreichen Widerspruch gegen das L. u. F. Bürokratismus der Donaumonarchie, gegen das moralische Scheitern und die unendliche Verneinung großer Wähler mit dem falschen Jander einer Wiener Operette zu verdeden suchte, hat sich gebildet, über das Maß einer

solonfähigen Kritik hinausgehen. In seiner Herzstagnation „Stoßloch Bernhardt“ mochte er sich wohl am meisten mit seiner Gesellschaftskritik. Im „Leutnant Galt“ gab er eine für die damalige Zeit immerhin beachtenswerte Kritik des Spießbürgers in der Offiziersrolle. „Reigen“ hat noch bis zuletzt das Kerngerüst aller Postulanten erzeugt und gehört wohl zu seinen bekanntesten Stücken.

Aus der großen Reihe von Schnitzlers Werken sind am weitesten: „Anatol“, „Nebel“, „Der Weg ins Freie“ und die von Elisabeth Bergner vermittelte „Frau im Elfe“. Immer wieder sind es Kassenhaupten, Gelehrte, mondäne Frauen, Offiziere, kurz: „die besten Leute“. Er bleibt bis zuletzt — selbst da, wo er es mit leichter Selbstironie beipflichtet — in ihre Atmosphäre gebannt und weiß aus der Isolation seiner Schreibweise kaum etwas von den gesellschaftlichen Vorgängen der Zeit, noch zumal von den alten Werten.

Seine letzte Arbeit, die oben bei S. Fischer erscheint, heißt „Nacht in die Finsternis“. Dieser Titel könnte als Motto für Entwidlung und Ende Artur Schnitzlers gelten, der aus trübseligen Anfängen sich dem Willen, das er angibt, angeht und schließlich darin untertaucht. Er mischt in die müde, halbtotige Regeneration eines lächeligen Steptiffs.

Wollt die Mütter nur einen Sucht, wenn sie Mütter gezogen hat. Wer wird fallen? Ein Mann, oder nicht die Sode!

Kaum hat der Kurier zu Wasser italienischen Boden unter den Füßen, wird er verhaftet. Der Brief ist unauffindlich. Er hat ihn beilegt, weil er darauf gefasst war. Er spricht deutsch. Die Politischen haben einen Dolmetscher. Er schwört. Sie peinigen ihn. Er schwört. Mann will ihn abschleppen. Da, ein neues Ziel: „Wie Sie leben, meine Herren, erfahren Sie nichts. Wie folgt nichts. Es nicht lassen Sie mich auf einen Schweizer Dampfer, was für mich die Freiheit bedeutet. Aber an Bord, meine Herren von der Mütter, wenn Sie jemals etwas erfahren wollen, werde ich es Ihnen verraten.“

Sie überlegen: Tona! Unter Mann steht auf dem Schiff, auf Schweizer Boden. Da neben liegt das mitterne Motorboot der Politischen. Ihre Ermattung ist aufs höchste gelangt. Sie haben zittert. Wie der Mann Wort halten?

Da! Er beugt sich über die Reeling: „Ich kann Ihnen verraten“, dabei steht er nach der Uhr, „daß die Mütter, die ich zu führen sollte, bereits erfüllt ist. Durch meinen Kameraden in Luno.“

Er weiß, daß sein Genosse schon vorher auf Schweizer Boden sein muß. Die Mütter weiß nichts; sie hört nur: Luno! Das Boot fliegt herum, im Kurs auf Luno. Das Baumstamm prüht auf. Unter Genosse weiß: Die Mütter steht sich auf Luno zusammen. Sie ist befehlsgültig. Sehr befehlsgültig.

Kon besonderem Interesse war die mit dem Braunenschweizer Treffen verbundene Automobilausstellung, auf der man etwa 5000 Kraftwagen aller Klassen bewundern konnte. Der tiefste, logische Einbruch, den die hochgelobten, kapitalen Hundert-pfennigen dem Volk vermittelten, wurde noch überboten von einer halben Duzend Kraftwagen von sechs Schmiedelgeschäften, die, wie mit ein Dolmetscher (Herr-Sturmlorensen-Adjutant-Kochler) erzählt, im Falle eines Falles das wertvollste Gut mit Schloß-lobenplätzen überführen lassen. Es ist übrigens zum nächsten Reichstreffen, falls es noch dazu kommt, die Anwesenheit zweier Zeppelein, eines Langschwanzers und einer Torpedobootflottille geplant.

Die Krone der 200 000 Braunenenden hat in den drei Tagen über 500 000 17 458 Tonnen Wert vertilgt, ein Zeichen, daß in unserer Zeit der alte Germanenempfinden nachgelassen wird. In den Kreisen der Offiziere wurden natürlich Scharweine und Sediz bevorzugt.

Die Spellenliste des einfachen, schmähigen Offizier-Heimleins im Böhrenhof war folgende:

Krautmerlschnecke
„Heil“Butte mit Reichschweizerkartoffeln
Cajatzbraten

Horsburger Röhre mit Pampelnrind und Hurradiesschen
Das impotente Heer der 250 000 hat nunmehr Braunenschweiz planmäßig geräumt. Die eigenen Verluste sind gering. Geburten wurden nicht gemacht. Die 800 000 haben aber, der glänzenden Geschichte der SPD, ein neues Schmähstück hinzugefügt: Der Feind derer zwei Tote und 70 Bermanbete. Damit ist das Treffen der 500 000 vorbei.

Sie begraben die SPD.

In den Tagen vor der Hamburger Bürgergesellschaftsmahl warhierte eine Gruppe kommunistischer Kinder durch die Straßen, die manchen Spaziergänger denachste, stehenbleiben und den sonderbaren Zug mit den Wägen zu folgen. Die Kinder hatten sich aus Riffenhof einen Sarg gegemittelt, ihn mit roten schwarzen Tuches umwickelt und auf ihm mit weißen Buchstaben aus Papier die Inschrift befestigt: „Wir begraben die SPD.“ Als die Kinder aber in eine größere Straße einbiegen wollten, nahen von der anderen Seite vier Polizisten, die mit großen Schritten auf die Gruppe zutamen. Die Kinder rissen aus, was das Zeug halten wollte und ließen den Sarg im Stich. Was blieb den Polizisten übrig als ihn aufzunehmen und fortzutragen zur nächsten Wache. Sie erragten gemutigen Wuffehen. In jeder Ecke trug ein Beamter, und auf dem Sarg zwischen den Bierern leuchtete immer noch die Aufschrift: „Wir begraben die SPD.“

Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei soll sich beim Polizeigenrat beschwert haben.



Stuhlrad: „Arbeiterin an der Webstahmaschine“
Ausstellung „Frauen in Not“
Aus dem Oktoberheft des „Weg der Frau“

Berichterstatter: Wilhelm Bonhoefer, Berlin.

Rund um den Erdball

Grzesinski in Braunschweig

Okerbraune Bataillone und nationalsozialistische Bierunterfäße

Durch Braunschweig zieht die Oker, ein stilles Fließen mit Mollertönen und lauschigen Ufern. Die Oker, ein Mädchen mit — Cleopatra — die Farbe der braunen Bataillone! Wie werden die prächtigen Ufer der Oker erstrahlen über die braunen Baumrinden, die braune Luft, die sie bald erblühen werden. Am 18. Oktober wird das schöne Braunschweig wieder in ein Meer von braun getaucht sein! Die braunen Bataillone werden hier zu ihrem Führer hollen, um neue Kräfte zu sammeln für den kommenden Frühling, handbar den Führer für das große, unendlich große Geleit, das er und sein Volk, den Weg in die Zukunft, den Weg zu Freiheit und Brot, den Weg in das Dritte Reich!

So geschrieben am Sonnabend, dem 2. Oktober in der Braunschweiger Tages- und Abendzeitung. Damit bekommt der Lesende gleich den richtigen Eindruck von dem Geist, der hier in der Fülle des Dritten Reiches herrscht. Die prächtigen Follaten der alten Braunschweiger Häuser täuschen nicht über die wirkliche Lage hinweg. Nazis kämpfen gegen die Wirtschaftskrisis: Auf den Bahnhöfen liegen Bierunterfäße: „Deutschland ohne Kolonien ist ein Rumpf ohne Glieder“ oder „Englands Kolonialpolitik ist hundertmal so groß, wie das Mutterland — und Deutschland!“

Aber es gibt auch eine Sozialdemokratie in Braunschweig. Ihr Organ heißt „Volksfreund“ und ist verboten. Es enthält die Befehle des „Vorwärts“, und dann Feststellungen wie: „Der heutige Kinderfreundemagog mußte verboten werden. Naziumzüge werden erlaubt. Da kann man sich noch auf allerhand gefaßt machen.“ Und neulich fand in großen Durchzügen, aber am Rand des Waldes: Heute abend spricht Kamerad Grzesinski, Polizeipräsident von Berlin, vor dem Reichsbanner.“

Grzesinski spricht

Am Abend gehe ich ins Konzerthaus, um den „Kameraden“ Grzesinski zu hören, den Berliner Polizeipräsidenten, der es verweigert, in Berlin selbst, der Stätte seiner wohnhaften Pflanz- und Demonstrationenverbote, vor den Arbeitern zu sprechen. „Werte Anwesende, meine Damen und Herren, Reichsbannerkameraden, Parteigenossen!“ beginnt er und stellt ausführlich fest, daß Not, Tod und Elend uns allen bekante Gefährten seien. Wenn etwas hilft in dieser schweren Zeit, so nur, Kalbfelligkeit und eiserne Ruhe. Amte, so jammert die Bergarbeitende Geduld.

Dann kommt er zu den Feinden von Hitlerdeutschland. Er erklärt sich gründlich und merkt sich dann zu den Feinden von links. Er bringt die Worte vom Volkstentseid und dann etwas Appartees, Neues:

„In Russland hat der Kommunismus gefaßt, nicht aber der Sozialismus. In einem Land, das seinen Kapitalismus kennt, kann kein Sozialismus entstehen. Kommt wirtlichen Kapitalismus hatten die Russen nie eine Ahnung. Sie wissen

nichts von der Schwierigkeit internationaler Kredite, von der Nationalisierung, sie sprechen von den kapitalistischen Schweregeleitern wie ein Kinder von der Farbe.“

Und dann: „Die Russen können nur begehren, nur Menschen zu sein.“ Das ist ihr Sozialismus.“

Darauf stellt er mit der Seite eines Grafredners fest, daß die Russen auf die deutschen Kommunisten einen starken Einfluß hätten. Die deutschen Kommunisten hätten nichts für die

Republik getan. „Statt Weltkrieg Weltrevolution. Rechts und links Radikalismus, nur die Vorzeichen sind verschieden. Es geht nur einen Ausweg, Verständigungspolitik. Siehe den französischen Ministerbesuch.“

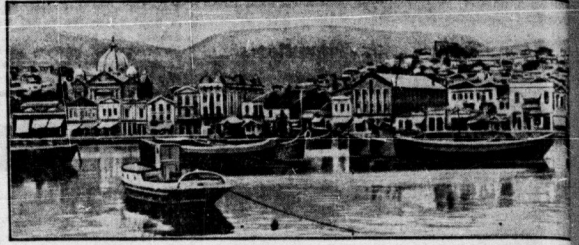
Zum Tage bemerkt er: „Die Reichsregierung, mag über sie denken wie man will, sie wird die Antikommunisten ziehen aus der Laufsache, daß die Mehrheit des Volkes antikommunistisch eingestellt. Man sieht es schon (weiter wörtlich) in den Kolonialkämpfen und erfüllt von einem stark antikommunistischen sozialistischen Geist. Sie haben nur einen Fehler, daß sie dieses Jahr zu spät gekommen sind.“

Und dann ging das Theater los. Was Grzesinski in Berlin tat, tat Klages in Braunschweig. Reden gemeinsam ist die Vorzeichen gegen das vorwärtsführende Klassenbewußte Sozialistat.

Rudolf Wittenberg.

Cypern im Aufstand gegen England

Jetzt ist es auch auf der Insel Cypern zu offenen Kundgebungen gegen die englischen Imperialisten gekommen. In Lanarea wurden bei den Zusammenstößen mit der britischen Polizei mehrere Personen getötet. Das Regierungsgebäude ging in Flammen auf.



Wieder stürmische Szenen im Lübecker Kindermordprozess

Kein bulgarischer Kindermord mit „Calmette“?

Die Verhandlung mußte abgebrochen werden

Lübeck, 23. Oktober. In der Freitagabendverhandlung im Kindermordprozess wurde zunächst die Schwester Anna Schilke weiter verhört. Von den Nebenklägern wurden zahlreiche Fragen an sie gestellt, die sich darauf bezogen, ob nicht doch eine Verwechslungsmöglichkeit im Laboratorium bestanden habe. Die Schwester erwiderte, daß sie eine solche Möglichkeit für „ausgeschlossen“ halte. Eine weitere Frage, ob die Angeklagte nicht Anfang März von einer Gebarme gehört habe, daß sich bei den mit VEG gefütterten Säuglingen Störungen eingestellt hätten, beantwortete die Schwester dahin, daß die Worte der Sache nachgegangen seien und keinen Zusammenhang feststellen hätten.“

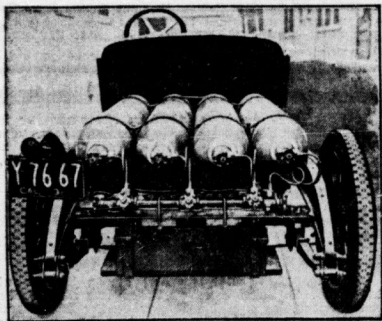
Am weiteren Verlauf der Verhandlung teilte Rechtsanwalt Dr. Frey überraschend mit, daß er sich mit dem Justizrat in Berlin in Verbindung gesetzt habe. Vom Justizrat sei erklärt worden, daß dort von einer durch VEG-Züchtung in Bulgarien verurteilten Katastrophe nichts bekannt sei. Er, Frey, habe sich ferner mit dem bulgarischen Gesundheitsministerium und dem Innenministerium in Berlin

in Verbindung gesetzt. Auch dort sei von einem Massensterben in der Stadt Beroia nichts bekannt.

Sobald nach Rechtsanwalt Dr. Frey sehr erregte Aussagen, die sich auf seine Feststellungen auf die Wiederholungsfrage bezogen.

„Wenn ich mich“, führte er aus, „auf den Standpunkt stelle, daß es sich bei der ganzen Lübecker Affäre nicht um das Calmette-Mittel handelt, sondern um andere Dinge, wenn ich mich auf den Standpunkt stelle, daß hier in Lübeck nicht das Calmette-Mittel angewandt wurde, sondern das Dende-Mittel, so beruht mich das auf meinen Gewissensfragen. Und dieser Gewissensfrage ist fernjenseitig, der händelnden in der Erkenntnis davon gebeten hat, man möge doch um seinen Preis das Mittel Calmette-Mittel bezahlen, sondern als das Dende-Mittel. Dieser Gewissensfrage ist im Gerichtssozial annehmen Eltern recht auf und tiefen lebensschmerzhaft. Sehr richtig! — Es ist es!“

Als Dr. Frey noch weiter reden will, springt der Verteidiger Dr. Dendes und die übrigen Angeklagten auf. Darauf sich die Vorlesende nichts anders zu helfen wußte, als die Verhandlung abbrechen.



Prelluft als Betriebsstoff

wird bei diesem in Amerika konstruierten Automobill verwendet. Der Motor wird also nicht mehr mit Benzin angetrieben, sondern mit komprimierter Luft, die in mehreren Flaschen mitgeführt wird.

„Die Nachrichten“

Kannst Du „Die Nachrichten“, das kommunistische Abendblatt für Berlin und das Reich?

Weißt Du, daß „Die Nachrichten“ Dich schnellstens über alle wichtigen Ereignisse kurz, aber dennoch gründlich, informieren?

Wißt Du authentische Berichte über den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion lesen?

Kannst Du verlässliche, tägliche Wirtschaftsberichte, tägliche Informationen über Arbeiterkämpfe in allen Teilen der Welt?

Darfst Du als Arbeiter, Angestellter, Kleingewerbetreibender, als Mitglied oder Funktionär von Arbeiterorganisationen auskommen ein tägliches Heften von den neuesten Erfindungen auf den Gebieten der Kultur und Technik?

Die Nachrichten vermitteln Dir das tägliche Wissen, das Du brauchst. Sie sind die interessanteste, die aktuellste kommunistische Abendzeitung.

Die Nachrichten können sich auf einen gemaligen Mitarbeiterstab in allen Ländern der Erde.

Werde nach heute Leser und Abonnent! „Die Nachrichten“ sind zu bestellen bei der Post, bei den Anzeigern der kommunistischen Presse oder im Allgemeinen Druckverlag GmbH, Berlin W 9, Rindfleisch 11, III.

Matuska längft hingerichtet

Glanzeistung der „Berliner Vörsenzeitung“

Berlin, 23. Oktober. Der bürgerlichen Verleumdungsprojekte, die ja bekanntlich monatlich die Eisenbahntatortale zu einer noch nie dagewesenen niederträchtigen Kommunistenhölle misbraucht, ist die Enthüllung, daß Matuska ein frommer Christ und ein weiser Offizier war, ungeheuer penibel. Aber sie wissen sich zu helfen und machen einfach aus diesem falschtischen Arbeitermörder einen Kommunisten. So schreibt z. B. die „Berliner Vörsenzeitung“ folgendes:

„Den Klättern zufolge soll die politische Nachforschung ergeben haben, daß Silvester Matuska zur Zeit der Räuberherrschaft Mitglied der ungarischen Tischler genossen sei und daß auf Grund seiner Aussagen mehrere Gegenrevolutionäre hingerichtet worden seien. Nach dem Zusammenbruch der Räuberherrschaft ist Matuska zum Tode verurteilt und das Urteil auch vollstreckt worden, wobei aber Matuska nur leicht verletzt wurde und später entkommen konnte.“

Matuska ist also hiernach erst hingerichtet und dann nur leicht verletzt worden. Als ob die ungarischen Arbeiterhändler solche Stümper in Wirklichkeit wären. Nein, Herrschaften, solche ob Kommunistenhölle bringt selbst der „Vorwärts“ nicht fertig. Und das will doch schon allzuviel heißen.

Kiefiges Kohlenlager in Zentralasien

Drei Milliarden Tonnen Sowjetkohle

Moskau, 23. Oktober. Die Sowjetregierung hat in der letzten Zeit das Kohlenvorkommen im Fergana-Gebiet in Zentralasien geologisch erschlossen lassen, wobei die Feststellung getroffen wurde, daß die Kohlenmengen in diesem Gebiet auf insgesamt drei Milliarden Tonnen geschätzt werden können.

Bereits in der Vorperiode ist mit dem Abbau begonnen, jedoch eine Jahreserzeugung von 137 000 Tonnen erreicht worden. Die Sowjetregierung hofft, wie in einer amtlichen Meldung festgelegt wird, die Ausbeute im laufenden Jahr auf 800 000 Tonnen zu bringen und im 1932 auf zwei Milliarden zu steigern. Die Produktion soll so gesteigert werden, daß binnen weniger Jahre die Ausbeute die des Donez-Gebietes übersteigt.

„Gebt die Straße frei!“

Wahn sinniger Schupo verletzt zwei Passanten

Koblenz, 23. Oktober. Ein aufgerebter Vorfall spielte sich gestern abend in dem Kobolter Koblenz-Motelweg ab. Dort erst ein Schupowachtmittel, der nach einer polizeilichen, daher mit Befehl aufzunehmenden Weidung, infolge der letzten Stunden im Dienst überlastet war, auf der Straße plötzlich einen Verkehrszusammenbruch.

Als sich Menschen ansammelten, glaubte der Beamte, daß ein Ueberfall plane, und unter dem Rufe: „Gebt die Straße frei!“ zog er seinen Revolver und schob in die Dunkelheit blindlings s hinein. Zwei Passanten, die dem Nachhaujewege waren, wurden durch die Schulle getroffen und schwer verletzt. Es handelt sich um einen 60-jährigen Eisenbahnbeamten und einen pensionierten Polizeibeamten.

Schneesturm im Erzgebirge

Seit Dienstag abend löbt im Erzgebirge ein schwerer Schneesturm, der in der vergangenen Nacht von einem kalten Gewitter begleitet war. Der Schnee liegt durchschnittlich bis bis 14 Zentimeter hoch. Auf der Straße von Gumbach zum Zöbhardt behinderten harte Schneeriedungen den Straßenverkehr. In den höheren Regionen, in Dornschneefeld im Sommergebiet hält der Schneefall mit ununterbrochenem Staue an.

Kölner Kraftwagendiebe des Mordes überführt

Der Mord an dem Kaufmann Ernst Fißner in Köln, bei dem der Versuch, Kraftwagendiebe zu helfen, von dem Verurteilten nicht mehr zu erweisen war, hat jetzt seine Aufklärung gefunden. Die um den Verdict der Täterhölle selbsternannten Raub und Mord haben ein Geheimnis abgelegt. Raub gibt zu, Fißner erschossen zu haben. Er will in Notwehr gehandelt haben. Die beiden Verurteilten sind auch noch weiterer Kraftwagendiebstähle überführt worden.

Verantwortlich: Wilhelm Rauten, Berlin.

Höchster Alarm!

Generalangriff auf alle Lohnnarife

Neuer gewaltiger Lohnabbau droht den Chemieproleten, den Metallarbeitern, den Gemeindefarbeitern, den Eisenbahnern und Postkern, den Buchdruckern und vielen anderen Gruppen der Lohnslaven des Kapitalismus - Organisiert den Gegenangriff auf der ganzen Linie unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Metall

Der Verband Deutscher Metallindustrieller hat alle seine Mitgliedsfirmen angewiesen, alle hunderten Tarife zum 1. bzw. 15. November jeweils erneuert 15 bis 20prozentiger Lohnabschlag zu kündigen. Der VDI leitet ein großzügiges Mandat aus. Der "Vorwärts" berichtet von den Beschläffen des Hauptverbandes, der sich in einem ausführlichen Schreiben an den Verband Deutscher Metallindustrieller gemandt hat und jetzt zur Absendung erneut eine radikale Seite für die angebliche Einführung der 40-Stunden-Woche macht!

Reichsinnenminister will dabei wiederum mit keinem Wort die Forderung auf 40 Stunden wagt sich zu erheben. Laut "Vorwärts" sollen bis zum Abschluß der Verhandlungen vom Hauptverband und der Spitzenorganisation deutscher Metallarbeiter über die 40-Stunden-Woche die Verhandlungen über den Lohnstarif der Berliner Metallindustrie bereits ausgeführt sein. Das ballische "Volksblatt" äußert sich zur Metallarbeiter-Lohnbewegung so gut wie gar nicht. Die Konsen Köhler, Dreischer, König und Konforten haben wahrscheinlich noch nicht die nötigen Demagogentakte ausgeheckelt. Da sind zwar die christlichen Einigungs- und Steuerwald-Gewerkschaften den Reformisten zugetommen. Schrieb doch das Brünings-Organ "Der Deutsche" vom 16. Oktober:

"Selbst gegenüber der Brüning-Regierung ist die größte Wachsamkeit und Kampfbereitschaft der Gewerkschaften am Platze..."

Was das nicht fabelhaft? Das heißt die "Metallarbeiterzeitung", das Verbandsorgan des VDI, hat denn auch noch etwas ähnliches herabgedruckt. Sie lehrteitakt in der letzten Nummer wie folgt:

"Der Zentrums-Reichskanzler hat sich redlich bemüht, seine Widersacher von der reaktionären Seite zu besänftigen. Jede seiner Notverordnungen und jeder Schiedsspruch der amtlichen Instanzen beweisen das zu Genüge... Wenn darüber selbst die doch lammesgeduldigen christlichen Proletarier aufbegehren, ist von der Regierung ein Aufruf erschienen, oder ein Minister hat eine Rede gehalten, worin der Arbeiterklasse Erleichterungen oder Preissenkung versprochen wurde. Noch ehe sich daraufhin die Empörung etwas gelegt hatte, hob die Ausquetscher der Arbeiterschaft von neuem an, während sie nichts von der heilig und oft versprochenen Preissenkung spürte..."

Dagegen konnten wir im "Vorwärts" ganz anders lesen. Um die Faltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur weiteren Isolierung der Brüning-Regierung und ihrer Notverordnungen zu begründen, ließ es, daß mit dem Fortbestand des Brüning-Kabinetts die reaktionären Widerlächer der Schwerindustrie zurückgeschlagen (!) seien...

Dieser heuchlerische Gegenakt in der Sprache der Gewerkschafts-Mitglieder und der SPD-Fortsetzungen ist aber in Wirklichkeit nicht vorhanden. Ausdrücklich

ein Kapitel überster Demagogie ist diese Tonart

und die Protektionen, die da die Gewerkschaftsblätter verewalten. In den Reihen der SPD-Reichstagsfraktion sind von allen reaktionären Gewerkschaften die Führer vertreten, die Fremdes vom VDI, die Sülemann vom VDI, ebenso wie die Burgard und Jumbusch von den christlichen Gewerkschaften. Sie haben alle in einem Chor gestimmt, die Notverordnungsorbitate aufrechtzuerhalten und der Regierung Brüning eine längere Lebensdauer drücken.

Wer draußen, hier bei den Tarifbewegungen, wo es unmittelbar um Brot und Arbeit geht, da fällt es schwerer, da muß man "Entscheidung" mimen, und daher der Unterschied.

Chemie, Eisenbahn und alle anderen Industriegruppen

Der Generalakt der Gewerkschaftsopposition zur Durchführung der neuen Lohnabbaubewegung zur Rettung des Kapitalismus ist auf Ueberrumpfung eingestellt. Wohl ist es dank der Wachsam-

keit der roten Betriebsräte im Buna-Werk gelungen, die Afford-abbaupläne der Direktion zu durchkreuzen, auf die Chemieförige wollen sich jetzt (schon) halten beim Ablauf des Tarifes. In anderen Industriegruppen liegen die Verhältnisse ähnlich. Den Eisenbahnern will Herr Dornmüller 37 Millionen rauben! Bereits fanden die ersten Verhandlungen zwischen den reaktionären Eisenbahnerverbänden und den Vertretern der Generaldirektion der Reichsbahn statt. Letztere gaben dort bekannt, daß die Reichsbahn-AG als erste Forderung auf 5 Prozent Lohnabbau bestche, der rund 37 Millionen Mark Ersparnisse bringen soll!

Da angloisiert der weiter sich verschlechternden Wirtschaftslage mit einem Defizit von 600 Millionen Mark gerechnet wird, soll es bei dieser Forderung nicht bleiben.

Die Gewerkschaftsführer "protestieren" zwar gegen diese Forderung mit dem Hinweis, daß der wiederholte Abbau und die unbezogen verlängerten Feierlichkeiten einen weiteren Lohnabbau nicht erträglich mache. Im Land draußen aber rühren sie keinen Finger, um die Eisenbahner in dem Abwehrkampf zu führen. Im Gegenteil, sie reden von "Erfolgen", sie hätten die Kinderzulagen gerettet!

Schafft sofort die Kampforgane

Leistet gründliche Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front - Nutt alle Lehren und Erfahrungen aus - Revolutionäre Einheitsfront bürgt für Erfolge und Siege

Es liegt an der Arbeit der RGO, daß sich von den betrügerlichen Machenschaften der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie nicht erneut breite Schichten der Arbeiter betören lassen.

Vor allem liegt das Schweregewicht bei den gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern, die ohne Unterschied immer mehr den Betrag, der mit ihnen betrieben wird, durchschauen und denen keine noch so heuchlerischen Protestbeschwerden gegen den Lohnraub helfen, sondern die Toten sehen wollen.

Taten aber zeigen ihnen nur RGO und rote Verbände. Unter Ausnutzung aller Lehren und Erfahrungen, die auch die jüngsten Kämpfe unter Führung der RGO mit sich brachten, heißt es gerade jetzt seinen Mann stehen und die Kraft der organisierten Arbeiter durch breite Einheitsfront von unten gegen die Lohnräuber in die Waagschale zu werfen.

Ueberall propagiert die RGO bzw. ihre Industriegruppenleitungen die sofortige Schaffung neuer

streikvorbereitender Kampfausschüsse

auf breiterer Grundlage, mit harter Vertretung aller organisierten Teile der Belegschaft.

In dem schon oben zitierten Artikel der letzten "Metallarbeiterzeitung" heißt es zum Schluß:

"In dieser höchst schicksalsschweren Stunde der Arbeiterklasse sollten alle kleinen Streitigkeiten und Einzelkämpfe verschwinden. In dieser Stunde darf es nur eines geben: Einigkeit und Zusammenschluß der Kräfte und erste Entschlossenheit, die Sache der Arbeiterklasse zu vertreten... Nur wenn die Arbeiterklasse einig, geschlossen und kampfbereit ist, vermag sie den neuesten Sturm ihrer Feinde abzuwehren."

Tasohl, Einigkeit und Kampfbereitschaft! Nicht in der Fäule, sondern in der Tat! Einigkeit nicht mit denen, die nichts anderes als die hebingungslose Hinnahme von Lohnabbaumaßnahmen tannten, die sich als Streikorganisationskomitee bezeichnen und zuletzt in Fäule vereinbarung einem neuen Lohnabbau zustimmen, die über die Arbeitseiferführung Spalten und Gänge schreiben, und wo es darauf ankommt, ihre eigene Lösung fallen lassen - Einheitsfront all derer, die es ehrlich meinen! Das es ehrlich meinen, das sind die Proleten im Betrieb, ganz ohne Unterschied ihrer weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten und ihrer Organisationszugehörigkeit.

Diese Einheitsfront ist das gebieterische Verlangen der RGO!

Ueberall flammen Streikämpfe auf

In allen kapitalistischen Ländern wehren sich die Arbeitermassen gegen Lohnabbau und wachsendes Elend - Streikämpfe zeugen von der Gegenoffensive der Roten Gewerkschaftsinternationale

Generalstreik der Eisenbahner Süd-Spaniens

Auf allen Eisenbahnlinien Südspaniens und Andalusiens hat am 16. Oktober um Mitternacht der Generalstreik begonnen. Die Eisenbahner fordern unter anderem: Achtstundentag, Lohn-erhöhung, Abschaffung der Einkommensteuer und Entschädigung bei Unfällen. Verhandlungen mit der Regierung verliefen ergebnislos. 9000 Eisenbahner beteiligten sich an diesem Streik. Der Gewerkschafter von Cordoba hat zum Schutz der Streikbrecher Ueberwachung der Eisenbahnen angeordnet.

Generalstreik in Cadix

Als Antwort auf die Verhaftung von Streikführern haben alle Arbeiter, mit Ausnahme der Bäder und Buchdrucker, die Arbeit eingestellt. Der Jugendrat ist eingekerkert. Die Regierung entsandte Militär in das Streikgebiet.

Textilarbeiterstreik in USA

In Lawrence beteiligten sich 4000 Textilarbeiter an einer Verammlung, in der Genelle Foster sprach. Hunderte verließen eine reformistische Verammlung, um Foster zu hören. Die Streikführerin Edith Bergman, die verhaftet ist, soll nach Polen ausgewiesen werden.

16 000 belgische Textilarbeiter von Aussperrung bedroht

Seit einem Monat streikt die Belegschaft der Textilfabrik Polis in Berriens um die Entlohnung der fahrlässigen Meisterin zu erzwingen. Nach dem Vertrat der Reformisten drohen die Unternehmer mit allgemeiner Aussperrung. Die RGO fordert zum Streik gegen das Eindringen von Faschisten auf.

Streiksieg der RGO in Norwegen

Der Streik im Grandhotel in Oslo, dem größten Hotel der norwegischen Hauptstadt, der mit solcher Erbitterung geführt wurde und zu großen Massenemonstrationen führte, wurde unter Führung der RGO mit einem vollen Sieg beendet.

Neue Lohnabbaufensive im polnischen Bergbau

Die Unternehmer der drei wichtigsten Kohlenfelder Polens, Oberschlesiens, Krakaus und Dombrowa haben eine neue Lohn-herabsetzung eingeleitet und drohen, bei einem Widerstand der Arbeiter die Mehrheit der Betriebe zu schließen und 40 000 Arbeiter zu entlassen. Die Antikombing hat unter den Bergarbeitern große Erregung verursacht. Die Mehrheit der Arbeiter verlangt die Auslösung des Generalstreits aller Bergarbeiter. Der von den Sozialdemokraten geführte Bergarbeiterverband verurteilt, einen Streikausbruch zu verhindern oder wenigstens die Führung eines Streiks, wenn er sich nicht verhindern läßt, in die Hand zu bekommen, um denselben im entscheidenden Augenblick zu sprengen. In den nächsten Tagen finden in allen Betrieben des Bergbaus Massenverammlungen statt, in denen der Streikbeschlüß höchstwahrscheinlich gefaßt wird.

Streiksieg der Landarbeiter in Pommern

Die Streikwelle der Landarbeiter und Kartoffelbuddler in Pommern hat noch nicht ihr Ende erreicht. Jetzt wurde wieder ein Streik unter Führung der RGO festig durchgeführt, und zwar auf dem Gute Retow bei Stettin. Der Streik dauerte nur zwei Stunden, aber durch das entschlossene Vorgehen der Landarbeiter und Kartoffelbuddler wurde erreicht, daß fast 8 Pfennige für die Riepe Kartoffeln jeht 10 Pfennige gezahlt werden.

Merke Dir:

In ganz Deutschland gibt es keine 3 1/3 Pf. Zigarette, die größer oder besser ist als die aromatische, aber sehr milde CLUB





Sonntags, den 24. Oktober 1931

Sturm in der „Kaffeemühle“

Die „Kaffeemühle“ ist jenes Gebäude am Universitätsring, in dem den Sängern des neuen Deutschland die Fähigkeiten zum Staatsamt beigebracht werden. Die hallesche Universität ist als Brutstätte des Faschismus und Nationalismus weit und breit bekannt. In diesen Tagen macht die Universität Halle wieder einmal von sich reden, um dadurch aus neue ihre Popularität als Welt funktum zu tun. Da soll ein aus Hallebergen kommender Universitätsprofessor in Halle Theologie lehren. Er ist für diesen Lehrstuhl auch bereits berufen worden. Herr Professor Dehn, ein brauner, bürgerlicher, reaktionärer und gottesfürchtiger Mann, genießt aber nicht das Vertrauen der halleschen Kommissionen. Der Herr Professor ist nach gar nicht da und schon stimmen die Naziführer und ihr deutschnationaler Anhang ein würdevolles Geheiß an. Sie schreiben und haben, als ob die ganze Welt aus den Fugen gehen wollte und sich alle Leute fragen, was unter den Herren Studenten in Halle fehlen möge. Nun, unter Studenten haben erklärt, daß sie gegen die Berufung des Professors Dehn auf den theologischen Lehrstuhl in Halle Protest einlegen. Sie wollen nicht zulassen, daß Professor Dehn unter einem Dach hauset, das die Berufung des Professors Dehn aufheben und unter dem Verdacht stehen, über die zeitlichen Frontisten einmal eine unanständige Äußerung getan zu haben. Wenn Professor Dehn wirklich nach Halle kommen sollte, dann, so verfahren die radikalsten Belehren der deutschen Geisteswissenschaften, wollen sie aus Halle austreiben und — Heil und Segen! — wenn die „Kaffeemühle“ geschlossen werden sollte. Das ist die Ursache des Sturmes in der halleschen Universität. Der von den halleschen Reaktionsführern und von allen reaktionären Organisationen, angefangen beim Stahlhelm und aufgehört beim Völkischen, fleißig geführt wird.

Wir, Rektor und Senat, haben folgendes Mandat: Unterliegt an alle Klaffen Unserer Studentenschaft erklären:

„Daß Professor Dehn es auf das entschiedenste ablehnt, Argis und Nazifist zu sein, daß er nur als völlig unpolitischer Mensch rein gewissenhaftig mit dem Problem Staat und Christentum ringt.“

Dies ist eine Stelle aus einer Erklärung des Rektors und Senats der Universität Halle gegen die Berufung des Professors Dehn auf den theologischen Lehrstuhl. Schon aus dieser Erklärung ergibt sich, daß das Geheiß der Studenten eben ein **Geheiß** ist und nicht ein ganzes Protestation die Grenze der Biederkeit weit überschreitet.

Und was das „Vollblatt“ meint

Das sozialdemokratische „Vollblatt“ nennt die Erklärung des Rektors und Senats der Universität Halle eine „erzuchtlich entscheidende Erklärung“. Damit dokumentiert das „Vollblatt“ sein volles Einverständnis mit dem reaktionären Senat der Universität. In diesem Brief, der die Berufung des Professors Dehn auf den theologischen Lehrstuhl in Halle ablehnt, ist auch das „Vollblatt“ der Meinung, daß der Senat der halleschen Studenten nicht fähig ist. Sicherlich würde dieses SPD-Klaffen für die Protestation der halleschen Studenten Verständnis aufbringen und diesen Kampf der Partei gegen die Nazifist unterstützen oder wenigstens die Protestation der Partei auf den Lehrstuhl zu legen. Aber unter einem sozialdemokratischen Kultusminister in Preußen ist das guttob unmöglich.

Herr Koch hört keine Gloden läuten

Es gibt noch einen Mann in Halle, der zu dem Sturm in der „Kaffeemühle“ ein gemächtes Wort mitzubringen hat. Rein geringerer als der Stahlhelmschlagführer Koch war es, der in der „Sozial-Zeitung“ einen **Diesem Brief** an den Professor Dehn gerichtet hat. In diesem Briefen hat Herr Koch darauf hingewiesen, daß Herr Dehn als Arbeiter an der Reformationskirche in Berlin beim Tode der Kaiserin Auguste Viktoria das Glodengläubig vermerkt hätte und schon aus diesem Grunde nicht würdig ist, in Halle Vorlesungen zu halten. Herr Koch gibt im halleschen Stadtparlament und gibt dort eine solche Erklärung ab. Doch er ist und seine Mannen mit diesem Kampf der Partei gegen die Nazifist ganz besonders blamiert und lächerlich gemacht hat, daß er seiner besonderen Ermahnung. Wir sind der festen Überzeugung, daß Herr Professor Dehn als Arbeiter ein so gutmütiger Mensch ist, daß er nicht nur beim Begräbnis einer Kaiserin Auguste, sondern auch beim Begräbnis eines Stahlhelmschlag Führers die Gloden läuten lassen wird und bei Koches fährlich auch noch die Grabrede zu halten bereit ist.

Belästigung Ermittlung eines Ermittlerten

Bei belästigten bereits über den Kampf der Bewohner des Obdachlosenheims Weingarten, gegen die dort herrschenden Verhältnisse. Am Mittwoch wurde dem Arbeiter St. ein Schriftstück vom Magistrat zugestellt, worin er aufgefordert wurde, das Obdachlosenheim bis zum 22. Oktober 12 Uhr mit seiner Familie zu verlassen. Der Eigentümer sollte sich nach dem Wanderschaftsamt in der Arbeiterstraße begeben und seine Familie nach dem Justizministerium Weingarten. Als am Mittwoch, dem 22. Oktober, mittags zur Ermittlung dieser Arbeiterfamilie kommen sollte, erhoben alle Bewohner und jährliche Erwerbslose gegen diese Maßnahme Protest. Die Herren der Verwaltung konnten aus diesem Grunde ihr Vorhaben nicht durchführen. Später wurde die Polizei alarmiert, aber auch hier konnte nichts ausrichten und das Ergebnis war, daß der Arbeiter St. weiter mit seiner Familie im Obdachlosenheim wohnen darf. Zu irgendwelchen Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Bewaffnete Nazibanden krochen herum

Wie der Polizeibericht meldet, wurde in der Nacht zum Donnerstag zum Freitag in der Gauderer Straße ein Trupp von mehreren Personen, die sich durch ihr Herumstreifen verdächtig machten, nach Weingarten geschickt. Sie wurden ein Festlager, ein Offizierslager und eine Gaszisterne mit 14 Patronen gefunden. Die Eigentümer dieser Waffen wurden festgenommen. Es handelt sich um Arbeiterfamilien, die offenbar auf der Suche nach Arbeitern waren, um sie zu überfallen und blutig zu schlagen.

In der Nacht vom 21. zum 22. Oktober 1931 ist in das Büro einer Lebensmittelpolizei zum Festland eingeschoben worden. Die Täter sind durch Überleitern einer Mauer in das Grundstück gelangt und haben sich dann gewaltsam Eingang in das Büro verschafft. Es fielen ihnen etwa 400 Mark Bargeld und eine angesehene Rasse Hühner in die Hände. Wahrscheinlich ist der Diebstahl zwischen 3-4 Uhr ausgeführt worden.

Gegen Sondergerichte, Verordnungen, für Vollamnestie!

Die Rote Hilfe führte gestern im „Gesellschaftshaus“ eine öffentliche Protestkundgebung durch. Der Referent, Genosse Kain, schilderte die Gefahr der Sondergerichte, die den Standgerichten gleichkommen, für die wertvollen Kräfte, für alle, die um Arbeit, Brot und Freiheit kämpfen. Mit der Einführung der Sondergerichte ist die letzte Reste der Weimarer Verfassung beseitigt worden. Es war es möglich, daß in Braunschweig ein Arbeiter von 70 Jahren verurteilt und 70 Jahre lang inhaftiert werden konnte, und in Berlin der sozialdemokratische Volkspräsident Geisler eine Demonstration der revolutionären Arbeiterfront gegen die falschlichen Verordnungen verbot.

Folgende Entschlüsse wurden einstimmig angenommen: „Die öffentliche Verurteilung der NS am 23. Oktober in Halle nimmt mit Empörung Kenntnis, daß die Nazibanden wiederum 3 Arbeiter in Braunschweig ermorden und 70 Jahre lang verurteilen. Sie begrüßt, daß die Braunschweiger Arbeiterfront gegen den Willen der SPD-Führer die rote Einheitsfront zur Abwehr der falschlichen Verordnungen geschlossen hat und fordert alle Beteiligten zur Nachahmung dieses Beispiels auf.“

Darüber hinaus verlangt die Versammlung die sofortige Aufhebung der Verordnungen, im besonderen die über die Einführung von Sondergerichten.

„Zehn Nationalsozialisten kommen zum Kampfbund“

Größe Verurteilung des Kampfbundes am Dienstag. Der Kampfbund gegen den Faschismus, Ortsgruppe Halle, veranstaltete am Dienstag, dem 27. Oktober, 20 Uhr, im Wintergarten eine große öffentliche Kundgebung mit dem Thema: „Zehn Nationalsozialisten kommen zum Kampfbund“ — die Antwort auf Spatzburg und Braunhewig. Als Referent erstand Herr Kain, der die Propaganda zu dieser Verurteilung hat. Der Kampfbund ein Platz antworten lassen. Bei der Vorlegung des Plakates zur politischen Verwendung erklärte der diensttuende Herr auf dem Volkspräsidium, daß auf dem Plakat einige Stellen gelassen werden müßten. Er nahm dabei vor und machte einen Satz durch folgenden Satz: „Zehn Nationalsozialisten kommen zum Kampfbund“ — Reicht euch ein in die Front der Antifaschisten, leht und verbreitet unter Drang. „Die Januare.“

Diese Stellen dürfen also nicht platziert werden und sind demnach „unangelegentlich“. Gegen eine solche Anwendung der Verordnungen, durch die nicht einmal ein Verurteilungsthema öffentlich bekannt gemacht werden darf, muß der falschliche Protest erhoben werden. Die große Verurteilung des Kampfbundes gegen den Faschismus wird selbstverständlich durch diese heinlichen Polizeimaßnahmen keineswegs in Mitleidenschaft gezogen werden. Sagt sich recht ernstes und Arbeiter und Arbeiterinnen diese Verurteilung in Waffen beizugehen und die rote Einheitsfront gegen den Völkischen der Faschisten schließen.

Kommunistenhebe! Kommunistenhebe!

Zweimal Nervenulmenbruch in der „Sozial-Zeitung“. Die „Sozial-Zeitung“ kann die Kommunisten nicht leiden und deshalb die Kommunistenhebe nicht lassen. Obwohl wir schon wiederholt in der Lage waren, die niederträchtige und verzögerte Hebe, die gerade dieses Blatt gegen die Kommunistenhebe treibt, zu kritisieren, finden die Herrschaften in der „Sozial-Zeitung“ offenbar ein Vergnügen daran, bei jeder Gelegenheit die Anproben und Provokationen gegen die Kommunisten fortzusetzen. Die „Sozial-Zeitung“ kann es gar nicht erwarten, daß die Kommunische Partei und ihre Hebe endgültig verboten werden. Deshalb hat sie jeden Anlaß, die Forderung nach dem Verbot der SPD immer wieder von neuem mehr oder weniger offen und direkt zu erheben.

In der Freitag-Ausgabe veröffentlicht die „Sozial-Zeitung“ auf der ersten politischen Seite eine Notiz mit der Überschrift: „Nervenulmenbruch eines Schusspolitikers“. Es handelt sich um einen Vorfall, der sich im Kolonnen Vorort Mollweich abspielte, bei dem ein Schusspolitiker offenbar infolge der gemäßigten Überleitungen im Dienst eines Nervenulmenbruchs auf offener Straße erlitten hat. Dieser Vorfall genügt, um der „Sozial-Zeitung“ wieder Veranlassung zu geben, gegen die Kommunisten zu hehen. Und so immer bei jeder Gelegenheit, daß der Staat immer noch keine grundsätzlichen Maßnahmen gegen die Kommunisten ergreifen“ habe. Was die „Sozial-Zeitung“ unter solchen „grundsätzlichen Maßnahmen“ versteht, ist kein großes Rätsel. Wenn es nach der „Sozial-Zeitung“ ginge, dann müßten solche „grundsätzlichen Maßnahmen“ nicht nur im Verbot der SPD bestehen, sondern darin, daß alle Kommunisten gefolter werden.

Wir haben allerdings viel Verständnis für die Gründe, die die falschliche Presse veranlassen, immer und immer wieder gegen die Kommunisten zu hehen. Bei dem Gedanken an den Kommunismus haben die falschlichen Schreibweisen schon halb die Fäden voll. Was letzter Anlaß, die Forderung nach dem Kommunismus fassen. In die Antifa in der „Sozial-Zeitung“ schon ihr diesen Redaktionsarbeit laum noch mit Mühe und Überlegung hemdschlagen. Denn dieselbe Notiz zum Nervenulmenbruch des Schusspolitikers wird in der ersten Heftlage der „Sozial-Zeitung“ noch einmal abgedruckt, so daß sie in der Freitag-Ausgabe zum ersten mal so lesen ist. Zweimal Nervenulmenbruch in einer Zeitungsausgabe. Ein Zeichen dafür, daß Herr Kain und seine Redaktionsjünglinge selbst schon nahe daran sind, die Nerven zu verlieren. Ob Verbot der SPD oder nicht — der Kommunismus wird leben und wachsen, und der bürgerlich-falschlichen Journaille nicht nur die Nerven toten.

Wegen jahrelängiger Lösung verurteilt

Der Bücherrevisor Rudolf Wipper aus Halle hatte am 2. Juli d. J. in der halleschen Straße in Weingarten eine Pöbelhäre mit seinem Kollagen überfallen, wobei die Frau zu lächerlich wurde, daß sie bald darauf starb. Die Hauptangeklagte allerdings die Bücherrevisor, die auf der falschlichen Strafbank gefangen war und plügend nach rechts abgog. Der Angeklagte erklärte, daß er einen Zusammenstoß infolge der kurzen Entfernung nicht mehr habe verhindern können. Das Gericht war jedoch der Ansicht, daß er es an der nötigen Vorsicht haben sollten und zur Strafe ihn an Stelle einer am Hof verurteilten Gefängnisstrafe zu 300 Mark Geldstrafe.

War um vor einem Schwindler und Provokateur!

Der Herr treibt sich seit einiger Zeit ein gewisses Kraut herum, das sich als Parteimitglied ausgibt. Er trägt bereits drei Anzüge, die von ihm geliebte Partei und NS-Propaganda abgenommen wurde und er offensichtlich provokatorische Absichten über seine Kräfte macht, fallen immer noch Parteigenossen auf diesen Schwindler herein.

Wir warnen deshalb alle Ortsgruppen vor diesem Provokateur.

Die Anwesenden sind sich bemüht, daß der Kampf um die Rotamnestie aller proletarisch-politischen Gefangenen als Kampf der gesamten Werktätigen in Verbindung mit den jeweiligen Tageskämpfen um Brot und Arbeit geführt werden muß.

Die Verammelten geloben, mit aller Kraft den Kampf zu führen, um allen Opfern des Terrors und der Verleumdung, des § 215 und der aus dem Krieg Zurückgelassenen die Befreiung zu bringen. Eine Reihe Disziplinierungsmaßnahmen werden insbesondere auch die Frauen auf, den Kampf der Roten Hilfe für die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen zu unterstützen, nachdem der Ammerlintertrag der kommunistischen Reichsstaatsform mit Hilfe der SPD abgelehnt wurde.

Eine Entschlüsse für den Aufbau eines Arbeiterfrontvereins in Halle wurde ebenfalls einstimmig angenommen und 4 Delegierte für die Gründungsversammlung gewählt. Am Schlußwort wies Genosse Kain nach besonders auf den meißner Terror in den anderen kapitalistischen Staaten hin. Es gilt nicht nur in Deutschland 8000 politische Gefangene zu befreien und Tausende von Arbeitern, die unter die Roten Hilfe und Vergehen gegen § 215 fallen, sondern es gilt den Kampf zu führen gegen das moralische Kapitalismus, die Förderung der Roten Hilfe, unter Führung der kommunistischen Partei.

15 Arbeiter traten der Roten Hilfe bei.

Sonntag Werbeappell

Der morgige Sonntag ist Großwerbetag. Alle Parteigenossen und Genossinnen treten zu einem Werbeappell an und gehen anschließend an die Arbeit. Hauptziel: Gewinnung von Betriebs- und Gutsarbeitern für die Partei und Abonnenten für den „Klassenkampf“. Meldet sofort die Werbergebnisse der BL.

Kultur im Stadtschützenhaus

Im Stadtschützenhaus fand gestern die große Parade der falschlichen Kulturreaktion statt, die trotz der niedrigen Eintrittspreise von 1-2 Mark langam den Saal füllte. War nicht, wie Geld hat, nicht die Arbeiter, sondern die kapitalistische Volksausbeuter.

Der echte Germane Alfred Nolenberg, Schriftleiter des „Völkischen Beobachters“, versappte vor „ausländischen Volk“ und tiefgeführten (1) Fortschrittsresultate in Bezug auf den Schlußkampf der deutschen Kultur.

Selbstverständlich erklärte er den Begriff Kultur und mußte zu diesem Zweck bis auf das vorhistorische Zeitalter zurückgreifen, um dann langsam über die hellenistische Epoche zur römischen und germanischen Kultur zu kommen.

Das besondere Merkmal der heutigen Zeit ist der Sozialismus und der Amerikanismus, die beide die Verhältnisse verändern sollen. Nolenberg und Wüdermann — ein Herz und ein Seele! Doch der Amerikanismus den Menschen zu einer Maschine macht, sehen wir ja im industrialisierten Deutschland am besten, denn der einzige braucht in der feiner Arbeit nicht denken, sondern nur ganz mechanisch die einmal eingelernten Handgriffe auszuüben, oder das auch der Sozialismus die Verhältnisse „verbessert“. Ja, wie kann Nolenberg überhaupt was Sozialismus ist? Hat er sich denn jemals mit dem sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion befaßt? Dann müßte er doch ganz genau wissen, daß gerade dort die Verhältnisse, die Antiquitäten des einstigen Mittelalters in formlosem kapitalistischen Staat, alle, die nach Nolenberg schon bemerkt, daß in Russland heute ganz andere Menschen leben und schaffen wie vor dem Kriege. Er nennt die Männer und Frauen des aufbauenden Sozialismus „Untermenschen“ und warum? Weil sie eine neue Welt aufzurichten, weil sie das kapitalistische System in der Sowjetunion gerüttelt und gewälzt und weil die Weltrevolution droht! Da kann man nichts machen!

In seiner Hege gegen was nach Sozialismus riecht, läßt er sich nicht vor den Angriffen gegen jede freie Meinungsäußerung in der Kunst, Theatertat und Romane, die antizipiert eingeleitet sind, Wider, die das wahre Gesicht der Kirche und des Christentums überhaupt zeigen, alles das will für ihn die falschliche Kulturreaktion der Kultur — aber daß auf den Trümmern der bürgerlichen Kunst die proletarische aufgebaut wird, das glaubt er nicht, denn wie könnte das „kollektivistische Geheiß“ eine Kunst aufbauen?

Die Rettung der deutschen Kultur — Wiedergeburt der deutschen Seele, ist für ihn allein erst durch das „Dritte Reich“, so führt von dem großen Adolf, möglich. Heil Hitler! Die falschliche Kulturreaktion erhebt die Faust! Darum ist es notwendig, die Kulturreaktion zu verhindern, so zu sein, damit der Sozialismus in Deutschland ausgetrieben wird.

Emil Meyers Tod durch die Polizei am 31. Dezember

Infolge der fotografischen Montage des Vergewaltigungsopfers steht sich Emil Meyers nicht mehr in der Lage seine gewöhnliche populäre Radio-Reden mit Arbeiterbetrieblern aufzutreiben. Herr Meyers gibt dem Volk am 1. Januar auf und hat die Nachbarn mit sich zu dem 22. in ein Geschäft. Im November finden die noch Sonnenschein und einige Vorlesungen und im Dezember nur noch vom 25.-31. Dezember statt. Man hat die Hoffnung, daß das Geschäft dann in andere bewährte Hände übergeht, daß dem halleschen Publikum eine vornehmliche Unterhaltungsmöglichkeit bleibt. Emil Meyers abgibt am 1. Februar eine wichtige Engagements an einem „Hör- und Höll“, kein hallesches Publikum recht nach in der zu setzen.

Allen Kinderstätten der proletarischen Massenorganisationen zur Kenntnis, daß am Montag, dem 26. Oktober, 15 Uhr, in Weingarten eine große Kundgebung der Arbeiterfront statt findet. Erscheinen eines jeden Getters ist Pflicht.

Das Schnellgericht verurteilt am Donnerstag einen Nachzügler zu drei Monaten und sechs Wochen Gefängnis. Die Freitrag wurde der Nazimann Pöppel zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der Arbeiter Weingarten und Stahlbaum wurden zu drei Monaten Gefängnis. Es handelt sich um vier Nazibanden, die am Donnerstag schwerbeschäftigt in der Weingarten Straße angegriffen und gewürgt wurden. Daraus ist zu ersehen, daß die Nazis bemerkt sind und systematisch darauf ausgeht, Kommunisten zu überfallen.

Die halleschen Lebensmittelpolizei-Inspektoren, berufen am Stadtplatz 9 mit der Stadt Halle, sind nach dem Stande am 1. Oktober 1931 in der der Vorwoche unverändert (Gesamtzahl 1267). Die Kleinhandelspreise und die sonstigen für die Berechnung der Indexwert bestimmten Preise haben in der letzten Woche eine Steigerung erfahren. Der Gesamtwert der Lebensmittelpolizei auf diese Weise für Mittwoch, dem 21. Oktober, als Ertrag auf 1.267 belaufen.



Gonnabend, den 24. Oktober 1931

Der DZB „bittet“

Der „Freien Presse“ teilt der DZB mit, daß die Besetzung der Rittersitzung Greppin zu 90 Prozent verdoخته Karteile mit dem DZB erhalten hat. Er wendet sich an den Magistrat mit der Bitte, die Karteile, die für den monatlichen...

Weißentels-Zeit

Ziplendorfer Kreisfiedlung

U. a. Ziplendorf. Immer drüberend wird die Zahl der Kreisfiedlungsmitglieder in Ziplendorf. Was wir schon 1929 voraustraten, heute merkt es ein jeder selbst. Die Zahl einer monatlichen Besetzung von 35 Mart aufgebracht werden, wenn der Durchschnit 24 Mart pro Woche beträgt, noch gar nicht zu reden von...

Es sprach davon, daß, wenn er in der Lage der Kreisfiedlungsmitglied sein würde, er ganz einfach erst als Mensch leben und dann aus Bescheiden denken würde. Er sprach auch von Widerständern in seiner eigenen Fraktion, um die Schuld von sich abzuwälzen und forderte auf, den Widerstand im Kreislag zu brechen. Inlere Genossen wiesen nochmals auf unsere...

Erwerbslosenvertreter zu vier Monaten Gefängnis verurteilt

U. a. Raumburg. Zwei Randläger glaubten durch eine Anklage gegen den Gemeindevorstand König den kapitalistischen Staat zu retten. Der Gemeindevorstand wurde angeklagt wegen Verhinderung im Umgehungsamt gegen die Gefüge und zum Widerstand gegen die Staatsgewalt. Er soll sich dieser Vergehen bei einem Referat in einer öffentlichen Erwerbslosenversammlung in Rebra schuldig gemacht haben.

„Nationale Selbsthilfe“ oder rote Selbsthilfe?

Beitelluppen oder Kampf?

U. a. Bitterfeld. Auf Anregung des Schachmachers hat der Verband von den Gemeinlichen Werten Stahlfeld ein Komitee gebildet worden, die die „Nationale Selbsthilfe“ im Kreis Bitterfeld durchführen soll. In dieser Kommission sind vertreten die Chemietönige, die Gewerbetreibenden sowie sozialdemokratische Gewerkschaftsvertreter. Die Bezeichnung wurde in der folgenden Weise beschaffen:

- 1. Alle Arbeiter im Betrieb sollen jede Woche von ihrem Hungerlohn 20 Pfennig abführen.
2. Alle Angestellten und Beamten sollen 40 Pfennig jede Woche, im Monat 1,60 Mart, von ihrem lauten verdienten Groschen abführen.
3. Alle Gewerbetreibenden (diese erwarten jeden Tag den Gerichtsvollzieher) werden verpflichtet, wöchentlich 50 Pfennig zu bezahlen. (Wände nehmen kaum 50 Pfennig im Tage ein.)
4. Der Unternehmer zahlt sozial, wie in seinem Wert Arbeiter die 20 Pfennig abliefern, also kommt hier die Unternehmerrückmeldung auf besten weg.

Um man den Arbeitern in den Betrieben die ganze Sache schmackhaft zu machen, läßt man Scheine im Betrieb ausgehen, so jeder Arbeiter durch seine Unterthätigkeit sich bereit erklären soll, die 20 Pf. zu bezahlen.

Die Chemietönige und Arbeitervertreter haben die Resolution ohne die Arbeiterthätigkeit gemacht, denn die Stimmung ist so, daß die Arbeiter es ablehnen, von ihren Beitelluppen noch die Erwerbslosen zu unterstützen.

Nach auf allen gemeinlichen Werten haben sich bis zu 75 Prozent, in den Filialen bis zu 90 Prozent der Belegschaft gemeldet, die Scheine zu unterschreiben. Viele Arbeiter haben darauf geschrieben: „Wir haben nichts übrig“, oder „Wir müssen jetzt schon hungern“. Was noch ist es bei den Angestellten und Beamten, die...

auch jetzt schon nicht ausstehen. Geschimpft wird auf die Bonzen, daß sie zu allem bereit sind, daß sie alle Verschönerungen mitmachen.

Groß ist die Empörung unter den Gewerbetreibenden und noch größer wird sie werden, wenn sie erfahren, daß die Lebensmittel nicht durch sie verteilt werden sollen, sondern durch die Herren Chemietönige. Was gemeiner Quacksalber erlauben wir, daß die Industrie die Lebensmittel beschafft und auch ausgibt, und die Gewerbetreibenden können sich die Nase wischen. Auch hier wollen die Unternehmer wieder verdienen, damit ihr Profit noch höher steigt. Arbeiter, Angestellte, Beamte und Gewerbetreibende! Saliet die Tischen zu, laßt euch nicht betören mit der Nationalen Selbsthilfe, die von den Unternehmern und Sozialschichten propagiert wird. Laßt diese Schmarotzer unter sich allein, denn mit diesen Beitelluppen auf eure Kosten können sie die Not der Erwerbslosen nicht lindern.

Die Erwerbslosen von Bitterfeld sowie der Kreisverwehlensauschuss haben beschlossen, daß sie es ablehnen, diese Beitelluppen anzunehmen, da die Gelder dazu auch nur wieder von den Werttätigen genommen sind.

Die Erwerbslosen verlangen Arbeit und Brot von den Unternehmern, damit sie ihre Familien ernähren können. Sie fordern die Gemeinlichkeitsbonzen Verbitt, Kräfte und Konjunktur auf, in der nächsten Erwerbslosenversammlung zu erscheinen, um sich zu vernehmen zu lassen.

Was stellen wir der Nationalen Selbsthilfe gegenüber? Wir organisieren den Kampf für Arbeit, Brot und Freiheit, wir schmieden die Einheitsfront aller Schichten des werttätigen Volkes zu diesem Kampf. Rote Selbsthilfe ist unsere Parole.

Antreten zum Werbeappell!

Bitterfeld rüft vor — Hauptziel: Werbung von Betriebsarbeitern und „Klassenkampf“-Abonnenten

Die Unterbezirksleitung Bitterfeld meldet: Die Ortsgruppe Sandersdorf hat am vergangenen Sonntag 50 Abonnenten für den „Klassenkampf“, drei Mitglieder für die Partei gewonnen und 42 Mitglieder rekrutiert. Das Ergebnis der Ortsgruppe Nitzemag ist: 4 Abonnenten für den „Klassenkampf“, 3 neue Parteimitglieder, davon ein Betriebsarbeiter. Der Ertrag vom Literaturverkauf beträgt 11,40 Mart. Die Ortsgruppe Bitterfeld selbst hat 4 neue Parteimitglieder gewonnen, davon ist allerdings nur einer Betriebsarbeiter. Außerdem liegen noch Berichte von den...

Ortsgruppen Woffen und Wegna vor. Am morgigen Sonntag wird die Werbung bestimmt besser, da die Vorbereitungen bereits alle getroffen sind und die Unterbezirksleitung für Sonnabend und Sonntag einen 3stündigen in jede Ortsgruppe entsendet. Die Betriebsstellen M. und B. werden bis zum nächsten Sonntag bestimmt gehalten. Die Arbeit in den Betrieben M., D., G. und E. ist ebenfalls in Angriff genommen. Der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Morgen tritt alles zum Werbeappell an. Anschließend ist Großwerbetaag. Meldet sofort die Ergebnisse. Vorgeht nicht, daß unsere Hauptaufgabe in der Werbung von Betriebsarbeitern und Betriebsarbeitern und in der Gewinnung neuer Abonnenten für den „Klassenkampf“ besteht!

Es sei eine Tatsache, daß die Brüning-Regierung durch die Notverordnungspolitik, durch den radikalen Abbau der Unterhaltungsleistungen der Erwerbslosen, Wohnfahrtsammler und Rentner die werttätigen Massen zur roten Selbsthilfe zwingt. Die Arbeiterthätigkeit sollte nicht bei vollen Scheinunverhungen.

So klar und eindeutig die Werbungsrede des Genossen König war, so gab es für das Gericht doch nur eines: die Verurteilung eines ihr ausgelieferten Kommunisten. Da der Landläger aus Rebra die Ausführungen des Genossen König als verächtliche Aufforderung gegen Gesetz und Beamte aufgefaßt hat, schickte sich das Gericht dieser Ansicht an und betradete die Ausführung Königs als einen Verstoß gegen die Notverordnung vom 28. März 1931. Die „unvorhergesehene Not“ verträge keine Verheugung der Erwerbslosen zu Unbefolgenheiten, die zum Chaos (die Revolution) führen konnten. Deshalb seien die Notverordnungen gemacht worden. Für das Urteil konnte nicht das Hindernis, sondern das höchstmaß in Frage. So kam es zur Verurteilung zu vier Monaten Gefängnis, wogegen natürlich Berufung eingeleitet wird.

Aufgabe der Redakteur Erwerbslosen ist es, in einer öffentlichen Versammlung mit dem Thema „Stellungnahme zur Berufung unserer Kreisverwehlensvertreter Max König“ die breite Öffentlichkeit gegen dieses Urteil zu mobilisieren. Zur Berufungsverhandlung müssen sich die Zeugen in Masse melden, um dieses Klassenurteil rückgängig zu machen.

Manfeld-Sangerhausen

Reformistischer Konsumverein baut Löhne ab

U. a. Erten. Die Bürokratie des Allgemeinen Konsumvereins Sangerhausen unternahm in der vorigen Woche einen Verstoß gegen die Belegschaft, indem in den Hermitagestunden die einzelnen Belegschaften gefragt wurden, wie sie sich zu einem zehnprozentigen Lohnabbau stellen. Als die Ange-

stellten darauf hinwiesen, daß diese Verhandlung doch Sache ihres Verbandes sei, an den sie monatlich 1,50 Mart bezahlen, wurde ihnen von den Bonzen zur Antwort gegeben, daß sie keinen Verband dazu brauchen. Es ist weiter feiner von der Belegschaft zu diesem Lohnabbau äußerte, erhielt jeder Belegschaftige einen Brief mit einem Revers und einem Schreiben, das bejahte: „Der diesen Revers nicht unterschrieben und bis 12 Uhr abgegeben hat, wird entlassen.“ Sieben Kollegen haben unterschrieben und haben haben nicht unterschrieben, den letzteren hat man bereits die Kündigung zugestimmt.

Die „Anleihe des Sozialismus“ im kapitalistischen Staat können auch nichts anderes tun als alle übrigen kapitalistischen Unternehmungen. Sie führen den Lohnabbau genau mit denselben Methoden durch.

Letzte Kurzmeldungen

Söblich. Der verkommene Kürsteil. Der Kürsteil der hiesigen Zuderfabrik, der ein Fassungsvermögen von etwa 300 Kubilmeter besitzt, ist plötzlich verkommen. In dem Teich hatte sich ein Gehäus im Durchmesser von 1,60 Meter gebildet, in den die Wässer und Schlammmassen abfließen.

Bad Dürrenberg. Vererbung eines Spielautomaten. Der Gehilfen „Zum Strampfen“ wurde während der Nacht von Einbrechern betrogen. Sie erbrachen einen in der Gasse stehenden Spielautomaten, aus dem sie etwa 10 Mart raubten. Ein weiterer Betrag von etwa 13 Mart, der sich ebenfalls im Automaten befand, ist ihrer Aufmerksamkeit entgangen.

Unieburg. Worbandsjag auf einen Bergarbeiterdirektor. In Unieburg verübte Freitag früh ein Bergarbeiter einen Worbandsjag gegen den Bergarbeiterdirektor Diplomingenieur Hagelüden. Er wurde durch einen Lungenstich und einen Halsstich lebensgefährlich verletzt. Der Vater, der Steiger Frankmann, erbrachte sich nach der Tat Frankmann nur vor einiger Zeit von der Grube Johanne Henriette, die Hagelüden unterjand, entlassen worden.

Advertisement for BULGARIA-Film-Photos. Includes images of cigarette packs and a large graphic of hands holding a pack. Text: „Hände weg!“ sagte sich die „Bulgaria“- und brachte keine 3 1/2 Pf. Zigarette. Denn die „Bulgaria“ war stets für höchste Qualität! In unserer schon immer billigen 4 Pf. Marke mit bulgarischen Qualitäts-Tabaken sieht der kluge Raucher die Grenze für Güte und Preiswürdigkeit! 4 Pf. BULGARIA-STERN die führende 4 Pfg.-Qualitäts-Zigarette. Sammelt und tauscht untereinander Bulgaria-Film-Photos.